

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
25. Juni 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Am 11. Juni wurde in Norwegen vom Storting einstimmig und ohne Debatte die Einführung des allgemeinen politischen Frauenwahlrechts beschlossen. Möchte diese Tat der Gerechtigkeit norwegischer Männer helfen, daß auch ihr, Genossinnen im Ausland, bald euer Recht erlangt und für den internationalen Sozialismus nützen könnt.

Für den Frauenverband der norwegischen Arbeiterpartei: Fernanda Nissen, Christiania.

Inhaltsverzeichnis.

Die Massen heraus! — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. III.
Von Anna Mos. — Die Wahl der Entrechteten. Von H. B. — Die
Tariferneuerung im Baugewerbe. Von A. Ellinger. — Für unsere
Jugend. Von Jürgen Brand. — Die Neuwahlen in Finnland und
die Arbeiterinnen. Von Hilja Pärsinen. — Zwei Tagungen von
Vereinigungen für Mutterschutz. Von a. n.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Aus den Organisationen.
— Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau.
— Aus der Textilarbeiterbewegung. Von sk. — Genossenschaft-
liche Rundschau. Von H. F.
Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der
Industrie, des Handels- und Verkehrswezens. — Fürsorge für Mutter
und Kind. — Frauenbewegung. — Frauenstimmrecht. — Die Frau
in öffentlichen Ämtern. — Verschiedenes.

Die Massen heraus!

In jüngster Zeit haben zwei bedeutende Ereignisse blieshell die Bedingungen beleuchtet, unter denen das Proletariat heute gegen den Kapitalismus für seine Befreiung kämpft, und die erhöhten Anforderungen, die der Ernst der geschichtlichen Stunde an seine revolutionäre Energie und Entschlossenheit stellt. Es sind dies die Wehrvorlage mit ihrem Drum und Dran und die preussischen Landtagswahlen.

Die Wehrvorlage wurde als eine schamlos-dreiste Provokation ohnegleichen den werktätigen Massen ins Antlitz geschlagen. Die von der Regierung geforderte ungeheuerliche Vermehrung des stehenden Heeres läuft auf eine Stärkung des Imperialismus hinaus, der seine raubgierigen Blicke über das Erdenrund schweifen läßt, bereit, auch um den Preis eines Weltkrieges mit bluttriefender Faust überall neue Ländersegen und Völker der kapitalistischen Ausbeutung untertan zu machen. Zudem sie die politische Reibungsfläche zwischen den Staaten vergrößert und vermehrt und die Kriegsgefahr steigert, stellt sie sich in schärfsten Gegensatz zu der internationalen Gesinnung, der internationalen Interessengemeinschaft, die, den engen bürgerlichen Begriff des Vaterlandes sprengend, die deutsche Arbeiterklasse mit dem Proletariat aller Länder verbündet, zu dem Ideal sozialistischer Brüderlichkeit, die die Millionen der ganzen Welt ohne Unterschied der Nationalität, des religiösen Bekenntnisses und der Klasse umschließt. Nicht minder unzweideutig bringt sie ein weiteres Aufrüsten der Besitzenden und herrschenden Klassen gegen ihren „inneren Feind“. Der Ausbau und die Festigung des stehenden Heeres soll viele Zehntausende Söhne des werktätigen Volkes mehr der Kommandogewalt des kapitalistischen Staates unterstellen, soll sie durch den Drill, den Kadavergehorsam, den Kastengeist, die Blut-

gerichtsbarkeit des Militarismus aus Kämpfern für die Befreiung ihrer Klasse in mordbereite Schützer der bürgerlichen Ordnung verwandeln. Um das Maß voll zu machen, verhöhnt die Wehrvorlage die Entbehrungen, den Hunger der ausgebeuteten Massen. Sie bewirkt ein Steigen der Rüstungslast, deren phantastische Kosten auf die Dauer unmittelbar oder mittelbar doch allein aus den Habenschichten herausgeschunden werden.

So freventlich die Wehrvorlage ist gemessen an den Interessen der Arbeiterklasse, so sicher war ihr von Anfang an eine Mehrheit im Reichstag. Die bürgerlichen Parteien — bis zum „unentwegten Liberalismus“ hinüber — haben aufgehört, den Militarismus mit den Augen auffälliger Kleinbürgerlicher Steuerzahler und entschiedener Kämpfer für die politische Demokratie gegen die überlebenden Mächte der feudalen Vergangenheit zu betrachten. Die kapitalistische Gesellschaft kann in den Zeitläuften des Imperialismus politisch und wirtschaftlich nicht ohne den steigenden Rüstungswahnsinn auskommen. Dem Militarismus gegenüber hat sich daher die fortschrittliche Volkspartei wie das Zentrum aus einem brüllenden Oppositionslöwen in einen stubenreinen Salonpudel der Regierung verwandelt. Die Kritik an Einzelheiten, Abstriche im Kleinen sind wie die Vorschläge zur Deckungsvorlage nur Schaumflügelereien, bestimmt, die Massen über den Bewilligungseifer der bürgerlichen Parteien im ganzen zu täuschen. Deshalb war es von vornherein klar, daß das Schwergewicht des Kampfes gegen den neuesten Vorstoß des Imperialismus nicht im Reichstag liegen konnte, sondern in der Mobilisierung der Volksmassen gesucht werden mußte. Im Zusammenhang und im Zusammenwirken mit Massenaktionen mußte die parlamentarische Betätigung der Sozialdemokratie ihre höchste Bedeutung, ihre weittragendste Stoßkraft und größte Fruchtbarkeit erlangen.

Gäßen nicht angesichts der ganzen Sachlage — so sollte man meinen — sich alle lebendigen Kräfte des Proletariats in leidenschaftlichem Borne gegen die Wehrvorlage erheben müssen? Wenn auch nicht, um im Reichstag parlamentarische Siege zu erstreiten und den Militarismus zurückzuwerfen, so doch, um unter den Massen dem Imperialismus und seiner Mutter, der kapitalistischen Ordnung, tödliche Streiche zu versetzen und dadurch künftige Erfolge vorzubereiten. Leider trifft diese Annahme nicht zu. Der parlamentarische Kampf der 110 hat gewiß Anerkennenswertes geleistet, allein er hat trotz alledem nicht jene grundsätzliche Schärfe und untwiderstehliche Macht erreicht, die die Augen der breitesten Volksmassen mit zwingender Gewalt in atemloser Spannung und leidenschaftlicher Anteilnahme auf den Reichstag lenkt als

Obligator. Nebenorgan zum „Textilarbeiter“ für Frauen, die wie ihre Männer Mitglieder des Deutschen Textilarbeiter- u. Arbeiterinnen-Verb. sind.

auf den Kampfplatz unveröhnlicher Interessengegenstände zwischen den ausbeutenden Besitzenden und den ausgebeuteten Besitzlosen. Und der Protest der Massen hat weder den Umfang noch die Tiefe und Gewalt einer Bewegung großen Stiles angenommen, hat das imperialistische Begehren der kapitalistischen Klasse nach verstärkter Waffen- und Mordgewalt nicht eindringlich und entschlossen genug beantwortet mit der Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung. In sehr großen Kreisen der sozialdemokratischen Partei regt sich die Enttäuschung darüber, daß die vom Imperialismus geschaffene vorzügliche Gelegenheit nicht rasch und vollständig zu einem rücksichtslosen Vorwärtsdrängen benutzt worden ist. Das ist der Kernpunkt der erfreulichen Kritik, die an der Haltung der Fraktion, der Partei überhaupt eingeseht hat, noch ehe der Kampf zum Abschluß gelangt ist, und die bereits ihre Früchte zeigt.

Ein Unterton des Unbefriedigtseins klingt auch aus allen Würdigungen der Ergebnisse der preussischen Landtagswahlen heraus. Nicht deswegen, weil nun nicht mehr einmal die hoffnungsfeligsten Träumer auf eine entschiedene liberale Hilfe im Wahlrechtskampf zu bauen wagen. Nein, vielmehr weil sich die Erkenntnis aufdrängt, daß der Wahlrechtskampf seit dem prachtvollen Sturm von 1910 nicht um einen Schritt weiter vorwärts gekommen ist. Gewiß hat die Sozialdemokratie einen Sieg erfochten, unter den vorliegenden Umständen sogar einen glänzenden Sieg. Sie hat ihre Mandate behauptet und vermehrt, und das — mit Ausnahme des einzigen Wahlkreises Ober- und Niederbarnim — gegen die Koalition aller bürgerlichen Parteien, und sie hat — was wertvoller ist — die Zahl ihrer Stimmen beträchtlich gesteigert. Allein man kann, man darf sich dieses nicht verhehlen: der Stimmenzuwachs ist nur zum allergeringsten Teil durch eine aufpeitschende Agitation aus den breitesten Massen der werktätigen Bevölkerung herausgeholt worden. Er muß in der Hauptsache als das Ergebnis unermüdlicher, opferfreudiger organisatorischer Kleinarbeit angesehen werden, die schon überzeugte Parteigänger bestimmt hat, trotz der Unbill und Gefahr der öffentlichen Abstimmung für die Sozialdemokratie einzutreten. Die letzten Landtagswahlen sind unstreitbar der Triumph dieser Kleinarbeit, aber sie sind nicht das gewesen, was sie nach allen Tönen der Ankündigung sein sollten: ein großzügiger, machtvoller Wahlrechtskampf. Um sie zu einem solchen zu machen, dazu hat von oben her die entschiedene, vorwärtstreibende Lösung gefehlt wie von unten das ungestüme Drängen. Kennzeichnend ist eine Erörterung der Landtagswahlen im wissenschaftlichen Zentralorgan der Partei, „Die Neue Zeit“, die mit der Erklärung schließt, im Kampf um das Wahlrecht sei die Zeit zum Sturm noch nicht gekommen.

In den Hauptzügen — natürlich die in der Sache begründeten Abweichungen vorausgesetzt — ist es so das gleiche Bild, das der Kampf gegen die Wehrvorlage gezeigt hat. Und so ist auch in dieser wichtigen Frage das fruchtbarste Ergebnis, daß eine Kritik der seitherigen Wahlrechtsbewegung die Frage aufwerfen läßt: Was nun? Die Antwort lautet so gut wie allgemein: Den Wahlrechtskampf dort wieder aufnehmen, wo er vor drei Jahren nach den glänzenden Straßendemonstrationen leider abgebrochen worden ist, ihn steigern im Hinblick auf den Massenstreik. So wird mit einem Schläge fast durchweg eine Auffassung als selbstverständlich hingenommen, wegen der man noch vor kurzem Gefahr lief, von neunmal weissen Gläubigen am alleinseligmachenden Parlamentarismus in die Ecke der Putzschisten und Anarchosyndikalisten geworfen zu werden. So ist auch hier das letzte Wort der Selbstkritik: Massenaktion, ausgelöst und gelenkt von dem zielklaren Willen der Partei.

Erklärlich genug. Die imperialistische Rüstungstollheit und die Fortdauer des Dreiklassenwahlrechts in Preußen sind blutsverwandt, sind Kinder ein und derselben kapitalistischen Entwicklung. Wie heute die Besitzenden und ausbeutenden Klassen vermehrter militaristischer Machtmittel bedürfen, um

ihre Herrschaftsgewalt über fremde Gegenden und Völker auszuweiten, um sie über die eigenen Volksgenossen aufrechtzuhalten und zu festigen, so können sie auch die parlamentarische, die politische Oberhoheit über das Proletariat nicht preisgeben. Sie klammern sich um so zäher an ihre Macht im preussischen Landtag, je mehr der Einfluß wächst, den trotz alledem dank dem allgemeinen Wahlrecht — die Arbeiterklasse auf den Reichstag gewinnt. Daher nicht bloß die bittere, geschworene Feindschaft der Konservativen gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen, daher auch der tödliche Verrat dieses Rechts durch Zentrum und Nationalliberale, und die laue, flauere Freundschaft der Fortschrittler dafür. Die politische Demokratie, wie die Sozialdemokratie sie grundsätzlich versteht — und die nicht bloß die vollste Demokratie des Wahlrechts in sich begreift, sondern auch die der Staatsverwaltung und Regierung, also die Republik —, hat mit der Demokratie nach dem Herzen des Bürgertums so wenig gemein, wie die von uns gehegte allgemeine Volksbewaffnung mit der ehrwürdigen Institution der ehemaligen Bürgergarde. So ist es in der Natur der Dinge begründet, daß der Kampf gegen den Imperialismus und gegen die politische Rechtlosigkeit großer Volksschichten nicht von der Vertretung des Proletariats allein in den Parlamenten siegreich zum Ziel geführt werden kann, sondern daß seine Schlachten außerhalb der Parlamente von den großen Massen des Proletariats selbst geschlagen werden müssen. Die fortschreitende kapitalistische Entwicklung hat die Klassengegenstände derart verschärft, daß Ausbeuter wie Ausgebeutete mit allen verfügbaren Machtmitteln gegeneinander streiten, denn in jeder Auseinandersetzung zwischen ihnen über Fragen von größerer Tragweite geht es jetzt für sie um das Ganze: Sie Kapitalismus, Sie Sozialismus! Vom Militarismus und Wahlrecht gilt das doppelt und dreifach. Wo und wann der Klassenkampf um sie tobt, da sind es nicht mehr Regierung und bürgerliche Parteien allein, die sich dem Proletariat hartnäckig entgegenstemmen, da rückt gegen die „Umstürzler“ die ganze bürgerliche Gesellschaft mit allen ihren Gewalten und Mächten vor. In der Folge muß auch das Proletariat das ganze Gewicht seiner Zahl und seiner Unentbehrlichkeit für die Wirtschaft der bürgerlichen Gesellschaft geltend machen. Das geschieht nur dadurch, daß es als Masse auftritt und als Masse handelt.

Die unbefriedigenden Erscheinungen im Kampfe gegen den Imperialismus und das Dreiklassenwahlrecht lassen erkennen, daß die Entwicklung der Partei mit der kapitalistischen Entwicklung der politischen Dinge nicht gleichen Schritt gehalten hat. Es fehlt noch an dem richtigen Verhältnis zwischen den führenden Instanzen — wir denken dabei nicht bloß an Parteivorstand und Fraktion, nehmen vielmehr das Wort im weitesten Sinne — und dem Gros der Organisierten, an der richtigen Fühlung zwischen der Partei in ihrer Gesamtheit und den breitesten proletarischen Massen außerhalb ihres festen Gefüges. „Oben“ scheut man vor der Verantwortlichkeit von Losungen, die Gefahren entfesseln und Niederlagen nicht ausschließen; man wartet auf die Zeichen, die ein unaufhaltbares Vorwärtsdrängen von unten ankündigen. „Unten“ dagegen harret man auf das Signal zum Vorwärts von oben und schrickt vor einem kühnen, unwiderstehlichen Drängen als vor einem Bruch der Disziplin zurück. Das Gleichgewicht zwischen der notwendigen Zucht der Organisation und der ebenso unentbehrlichen freien Initiative ist noch nicht da. Außerdem hat der Aufbau der unumgänglich notwendigen festen Organisation eine schärfere Scheidung zwischen der Elite der politisch organisierten und der unorganisierten proletarischen Masse geschaffen, als sie früher wirksam war; eine Scheidung, die das geistige und politische Leben der organisierten Elite nicht mit der vollen leitenden richtung- und zielgebenden Kraft auf die unorganisierte Masse übergreifen läßt. Die Unvermeidlichkeit künftiger Massenaktionen des Proletariats drängt die Sozialdemokratie zur Überwindung der aufgezeichneten beiden rückständigen Züge ihrer Entwicklung. Mit dieser Überwindung wächst ihre Fähigkeit, jederzeit

rach die ganze Macht erwecker, in Fluß gekommener proletarischer Massen zur Entfaltung und Wirksamkeit zu bringen, jederzeit dieser Macht entsprechend die Situation ohne Verzug und bis zum Rande auszunützen. Ist diese Überwindung vollzogen, so werden die breitesten proletarischen Massen unter Führung der Sozialdemokratie in stolzem Selbstvertrauen betätigen, daß sie unerschütterlich entschlossen sind, dem Feind den Daumen aufs Auge und das Knie auf die Brust zu setzen.

Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde.

Von Anna Bloß.

III.

Die Frau in der Schulbehörde. — Volksschulgebäude.

Nirgends tritt der Unterschied zwischen reichen und armen Gemeinden so in die Augen fallend zutage wie bei den Volksschulgebäuden. Während in großen Städten, in wohlhabenden Gemeinden Bauten errichtet sind mit hellen, großen, luftigen Zimmern, mit breiten Treppen und Korridoren, mit guten Heiz- und Lüftungsvorrichtungen, mit Turnhallen, Schulhöfen, Gärten usw., sieht man in armen Gemeinden, namentlich auf vielen Dörfern, Schulhäuser, die beinahe zusammenstürzen, verwahrloste Gebäude, in denen nach dem Bericht eines bayerischen Lehrers 1905 Schulraum, Lehrerwohnung und Spritzenhaus gemeinsam liegen. Lüftung, Heizung, Licht und Sonne sind dort ein fast unbekannter Luxus. Turnhallen fehlen, es sind keine Korridore da, in denen die Kinder bei schlechtem Wetter sich aufhalten können. Es mangelt an Schulhöfen. Aber selbst in reichen Gemeinden mit großen Schulhäusern entsprechen die Räume selten der Zahl der Kinder, die darin untergebracht werden sollen. Diese Zahl wächst von Jahr zu Jahr, aber: „Die Schulhäuser pressieren nicht“, jagte der Münchener Oberbürgermeister v. Vorscht. Wo die Überfüllung zu groß ist, hilft man sich mit Schulbaracken, die keineswegs den gesundheitlichen Anforderungen entsprechen. Die Folgen des Raummangels sind überfüllte Klassen. 1901 mußten in Preußen zum Beispiel 1 255 922 Kinder in 8815 Schulen und 16 127 Klassen so unterrichtet werden, daß in einer Schulstube in einflässigen Schulen mehr als 80, in Halbtagschulen mehr als 90, in zwei- und mehrklassigen Schulen mehr als 70 Kinder saßen. 22,15 Prozent der Kinder wurden nach Kühles Statistik durchschnittlich in überfüllten Schulen unterrichtet; in Westfalen sogar 47,9 Prozent, in Opperln 44,4 Prozent, in Arnsherg 40,8 Prozent. Fast 100 000 Kinder saßen in Klassen, die bis zu 120 Schüler hatten, 53 Klassen wiesen bis zu 180, 16 bis zu 200 und 14 bis zu 236 Schüler auf. 16 000 Klassen hatten keinen Lehrer. Im Jahre 1906 fehlte dieser schon für 18 000 Klassen und 36 000 mußten ihren Lehrer mit anderen Klassen teilen. 1912 besaß Preußen Volksschulklassen, die in einflässigen Schulen mit über 80, in Halbtagschulen mit über 60, in der mehrklassigen Schule mit über 70 Schülern besetzt waren. Außerdem waren 11 747 Lehrer überlastet, darunter mußten 378 über 120 Kinder unterrichten. Einige Lehrer amtierten in Drittagsschulen, das heißt einem Lehrer waren drei Klassen zugewiesen. Auch einige Lauf- und Wanderschulen bestanden noch. In den überfüllten Klassen wurden fast 700 000, von den überlasteten Lehrern 957 000 Kinder unterrichtet. 869 Stellen mußten wegen Lehrermangel unbefetzt bleiben. Es fehlten in den ländlichen Volksschulen 13 352 Klassenzimmer. 383 schulpflichtige Kinder konnten nicht aufgenommen werden wegen Platzmangel. Die nachgewiesene große Überbürdung der Lehrkräfte setzt diese ganz außerstand, sich des einzelnen Kindes anzunehmen, worauf wir später zurückkommen. Doch davon abgesehen läßt sich ja die Verfassung der Kinder denken, die wie in einen Schafstall gezwängt in den viel zu engen Klassenzimmern sitzen müssen. „Aber,“ wird uns eingewendet, „die Kinder sind ja von daheim an die schlechte, verbrauchte Luft

gewöhnt. Sie kennen es nicht anders.“ Leider hat das seine Richtigkeit. Viele Volksschulkinder verbringen Tag und Nacht in einem einzigen Raum mit 5, 6, ja mit 10 Personen. Das wäre aber doch unbedingt ein Grund mehr, um dafür zu sorgen, daß sie wenigstens in den Schulstunden gute Luft atmen, daß ihnen die Bewegungsfreiheit gegönnt wird. Mit aller Entschiedenheit müssen wir darauf hinarbeiten, daß die Volksschulgebäude Häuser sind, in denen unsere Kinder — in Klassen von geringer Schülerzahl — Luft, Licht und Sonne finden, diese drei Hauptfordernisse zur gesunden körperlichen Entwicklung.

Wie sehen nun die Klassenzimmer aus, in denen unsere Kinder einen großen Teil ihrer Jugend verbringen müssen! Da stehen in Reih' und Glied enge Schulbänke, in die die Kinder, wie in einen Schraubstock gezwängt, fast bewegungslos sitzen müssen. Vielfach ist schon von Ärzten darauf hingewiesen worden, daß der Übergang von der Ungebundenheit der vorschulpflichtigen Zeit zu dem Zwang des Stillhaltens viel zu unermittelt ist. Sie stellten aber auch fest, daß die Konstruktion der Schulbänke auf die Haltung des Kindes sehr nachteilig wirkt, daß sehr häufig eine Krümmung des Rückgrats, eine Verschiebung der Wirbelsäule auf die Schulbank zurückzuführen ist. In der Neuzeit beschäftigt man sich viel damit, verbesserte Sitzgelegenheit für die Schulkinder zu schaffen. Bis aber die Gemeinden sich dazu entschließen werden, die Erfindungen und Reformen den Volksschulen zugänglich zu machen, wird wohl noch mancher Kampf auszufechten sein, wird noch manches Kind eine Schädigung für das Leben von der Schulbank davontragen.

Als Schmutz der Schulzimmer kommt heute noch vielfach nur eine Schultafel und eine Landkarte in Betracht; wenn es hoch kommt, noch die Bilder des betreffenden Landesfürsten und der Landesmutter. Die glatten Wände sind weiß oder grau gemalt oder gestrichen. Nichts ist da, worauf das Auge der Kinder ausruhen kann, was ihm eine Ablenkung schafft in der Eintönigkeit des Unterrichtes. Vereinzelt beginnt man, in den Schulzimmern die bunten Steinzeichnungen in auswechselbaren Rahmen aufzuhängen. Bei der Forderung solchen Wandschmuckes meinte ein Vertreter der bürgerlichen Parteien, das wäre überflüssiger Luxus. Früher hätte kein Mensch daran gedacht, auch noch die Schulzimmer zu schmücken. Solche Bilder lenkten nur unnötig die Aufmerksamkeit der Kinder ab; die Kinder hätten auch kein Verständnis für schöne Bilder. Der Mann war kein Pädagoge. Sonst wüßte er, wie dringend notwendig es ist, daß die Aufmerksamkeit der Kinder zeitweilig abgelenkt wird. Ein guter Lehrer läßt seine Schüler eine Weile aus dem Fenster sehen, wenn er merkt, daß sie müde werden. Wer mit Kindern zu tun hat, der weiß vor allem, wie wichtig die Erziehung zur Schönheit durch Schönheit ist. Und in der Volksschule sind so viele Kinder, die selten oder nie Gelegenheit haben, ein gutes Bild zu sehen. Noch heute findet man häufig als Schmutz der Wohnung ihrer Eltern häßliche bunte Farbendrucke, Kopien von Schlachtenbildern oder Genrebildern, die den Kindern nichts geben können. Unendlich viele Kinder aber kennen überhaupt keinen Wandschmuck. Ein kleines Mädchen, dem man in der Schule ein Wandbild schenkte, wurde gefragt: „Wo wirst du das Bild aufhängen?“ Es antwortete: „Ich kann das Bild nicht aufhängen, denn wir haben keine Wand!“ Es stellte sich heraus, daß die Eltern des Kindes einen Raum mit drei anderen Familien teilten. Da sie die Mitte des Raumes bewohnten, hatten sie tatsächlich keine Wand. Man kann sich denken, was für solche Kinder der Anblick guter Bilder in Schulzimmern und Korridoren bedeutet. Diese Kinder werden nicht zu bunten, häßlichen Farbendrucken greifen, wenn sie einmal eine eigene Wohnung einrichten und schmücken können. Ihr Geschmack wird schon frühzeitig gebildet. Und welche Fülle von Anregung vermag ein gut reproduziertes Bild unserer großen Künstler Lehrern und Schülern zu bieten! „Die Schule soll eine liebevolle Stätte sein, von innen und außen dem Auge einen angenehmen

Anblick bieten. Drinnen sei ein helles, reinliches, mit Gemälden verziertes Zimmer: mögen das nun Bilder berühmter Männer sein oder Landkarten, oder mögen sie geschichtliche Ereignisse vorführen oder sonst in irgendwelcher Fierde dem Schmuck des Raumes dienen!" Das fordert einer der bekannten Pädagogen des siebzehnten Jahrhunderts, Amos Comenius. Wie wenig hat sich seitdem von seinen Forderungen verwirklicht! Die Volksschule ist den Besitzenden ja im Grunde nur eine Vorbereitung für die Kaserne. Je mehr sie den Charakter der Kaserne wahr, auch äußerlich, um so mehr entspricht sie ihren Wünschen und Bedürfnissen.

Um den Kindern Gelegenheit zu geben, in den Schulpausen sich Bewegung zu machen, sind außer geräumigen Korridoren Turnhallen und Schulhöfe erforderlich. Auch dafür ist nicht überall genügend Sorge getragen. Der Mangel an Turnhallen besteht fast überall. Es kann daher viel zu wenig Turnunterricht erteilt werden. In Sachsen waren 1904 12 1/2 Prozent der Volksschüler trotz der Vorschrift des Gesetzes ohne jeden Turnunterricht. Als ich bei der schulärztlichen Untersuchung den Unterschied der Rückenbildung in zwei Klassen von verschiedenen Jahrgängen beobachtete, erklärte mir der Lehrer, daß die Jüngeren noch keinen Turnunterricht hätten und sich deshalb viel schlechter hielten. Der Grund lag darin, daß die Turnhalle zu sehr besetzt war, so daß die Kleineren deshalb nicht turnen konnten. Auch bei den Mädchen fällt aus diesem Grunde der Turnunterricht häufig aus. Und doch ist er für die Entwicklung des weiblichen Organismus ebenfalls von außerordentlicher Wichtigkeit. Auch darauf muß immer wieder gedrungen werden, wie auf die Errichtung von geräumigen Turnhallen in genügender Anzahl.

Viele Volksschulen besitzen keine oder zu kleine Schulhöfe. Die Kinder müssen deshalb häufig ähnlich wie die Gefangenen im Gänsemarsch im Hofe herumgehen. Ist zu wenig Raum da, so können sie sich nicht ordentlich auslaufen, können nicht lustig spielen. Vielfach werden sie auch in den Pausen auf die Straße geschickt. Einige Lehrer forderten kürzlich, es sollten Schutzleute zur Überwachung der Schulkinder kommandiert werden. Sie wollten die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß die Kinder der Gefahr des Überfahrenwerdens auf der sehr verkehrsreichen Straße ausgesetzt würden. Den Lehrern kann man es nicht verdenken, wenn sie ängstlich sind. Ubrigens würde es wohl auch manchen Wünschen entsprechen, wenn der Schutzmann in der Volksschule eine Rolle zuerteilt bekäme. Dagegen aber protestieren wir. Wir wollen freilich nicht, daß unsere Kinder den Gefahren der Straße ausgesetzt sind. Gerade darum fordern wir geräumige Schulhöfe oder vielmehr Schulgärten mit grünen Rasen, mit schattenspendenden Bäumen, mit Bänken, mit Spielgelegenheiten. Solche Schulgärten würden dann auch Gelegenheit zum Naturunterricht im Freien geben. Die Kinder könnten zu ihrer Pflege herangezogen werden. Die Schule würde ihren Schülern dann das geben, was heute so sehr fehlt: das richtige Verhältnis zu Natur und Kunst.

Die Wahl der Entrechteten.

Die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus sind beendet. Mit bitterem Gefühl steht die Arbeiterklasse Preußens und des ganzen Reiches vor dem Ergebnis: die politische Herrschaft der Junker und großkapitalistischen Junkerengenossen ist für fünf Jahre befestigt worden, vorausgesetzt, daß die Massen der Werktätigen sie geduldig weiter ertragen. Das preussische Proletariat hat gewußt, daß es so kommen mußte, daß unter dem Schandwahlrecht keine Hoffnung ist, die Reaktion durch das Wählen zu zerschmettern. Aber die ungeheuerliche freche Fälschung des Volkswillens, die dieses Wahlsystem herbeiführt, läßt immer wieder aufs neue selbst dem Besonnensten und Nüchternsten das Blut wallen, der sich die notwendigen Wirkungen der Dreiklassenwahl oft genug ausgerechnet hat. Was die Sozialdemokratie in der Hauptsache durch ihre Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen

erzielen will, ist denn auch etwas anderes als der Gewinn einiger Mandate. In allen preussischen Proletariern und Halbproletariern soll das Bewußtsein der Schmach dieses Wahlsystems der Fälschung und der Infamie lebendig werden, muß der unerschütterliche Wille reifen, ihre ganze Macht aufzubieten, alles an die Beseitigung der Dreiklassenwahl zu setzen. Es ist gewiß wichtig, daß Vertreter der Arbeiterklasse in das Geldsackparlament eindringen, daß von der Landtagstribüne der Protest des arbeitenden Volkes gegen das preussische Junkerregiment ertönt, daß von hier aus unablässig schneidende, vernichtende Kritik an seinen Ergebnissen geübt wird. Aber wichtiger als das ist der Protest der Wähler, wie er in dem Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen seinen Ausdruck findet. Die Stimmen bedeuten die zornige Auflehnung der arbeitenden Massen gegen das System der Entrechtung, gegen die Deklassierung der Proletarier und kleinen Leute zu Staatsbürgern minderen Rechts. Die Entrechteten sollen sich zählen, damit die Größe des Wahlrechtsraubs offenbar wird. In seiner ganzen krasen Größe muß von der Wahlstatistik der aufreizende Gegensatz festgestellt werden zwischen der Zahl der Mandate, die auf die Parteien entfallen, und der Zahl der Wähler, die hinter den Parteien stehen. Freilich erschwert das elende Wahlsystem auch das. Monate werden vergehen, bevor halbwegs sichere Zahlen über die Verteilung der Wähler auf die Parteien vorliegen. Vorerst müssen wir uns mit Schätzungen begnügen. Auf Grund von Stichproben hat der „Vorwärts“ die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen auf rund eine Million geschätzt. Das wäre eine kräftige Steigerung gegen 1908 und würde bedeuten, daß die sozialdemokratischen Wähler diejenigen einiger bürgerlichen Parteien zusammen aufwiegen — mit der größten Wählerzahl steht die preussische Sozialdemokratie schon längst an der Spitze aller Parteien. Aber diese eine Million Landtagswähler bedeutet doch noch einen weiten Abstand von den rund 2 1/2 Millionen sozialdemokratischer Stimmen, die bei der geheimen Reichstagswahl in Preußen abgegeben wurden. Auch dieses Mißverhältnis erzählt uns von den Wirkungen des öffentlichen Dreiklassenwahlrechts. Und wenn wir die Mandatsverteilung prüfen und an den Ergebnissen der Reichstagswahlen messen, zeigt sich dieses Bild: Unter dem gleichen Wahlrecht würden der Sozialdemokratie 89 Mandate mehr zugefallen sein, den Konservativen aber 104 weniger, den Nationalliberalen 24, dem Zentrum 4 Mandate weniger, während die Fortschrittler, die Antisemiten, die Polen und Dänen Gewinne von 9, 11 und 13 Mandaten zu verzeichnen hätten. Auch da haben wir wieder den ungeheuerlichsten Betrug des Dreiklassenwahlrechts vor Augen. Die heurigen Wahlen haben außerdem unumstößlich erhärtet, was schon die vorigen mit wünschenswerter Deutlichkeit gezeigt hatten. Nämlich, daß die freundliche Idee eine Wolkensfudelsheimerei ist und bleibt, daß unter diesem Wahlsystem mit Hilfe der Liberalen die Mehrheit der Junker gebrochen werden könnte und damit der Widerstand gegen eine ernste Wahlrechtsreform. Die entscheidende Schlacht für das demokratische Wahlrecht wird nicht im preussischen Abgeordnetenhaus geschlagen. Angesichts der Tatsachen und Erfahrungen müßten die Proletarier wahrlich Fischblut in den Adern haben, wenn sie nicht gelobten, mit allen brauchbaren Mitteln das parlamentarische Zwing-Uri der Junker und ihrer kapitalistischen Schutztruppen zu berennen, bis es fällt. Nach allem, was sich bei den Landtagswahlen und im Landtag ergeben hat, können nur die Taten der Massen selbst den Ausschlag geben, sie müssen das ganze Gewicht ihrer Macht im Wirtschaftskampf in die Waagschale werfen. Der preussische Wahlrechtskampf muß mit der höchsten Energie und Entschlossenheit aufgenommen und unbeschadet schwerer Opfer weitergeführt werden, bis er alle Widerstände bricht. Das ist die Erkenntnis, die der Ausfall der Wahlen vom 16. Mai und 3. Juni jedem preussischen Proletarier ins Gehirn hämmern soll. Aus der Erkenntnis muß der Wille zur Tat entspringen.

Das ist das große Ziel, dem die Wahlbeteiligung unserer Genossen dient. Sie hat Hunderttausende und Hunderttausende zusammenzuscharen, in denen der Wille erwacht, zu gegebener Zeit die entschlossene Tat opferwillig dem zornigen Protestruf folgen zu lassen: „Nieder mit der Dreiklassen-schmach!“

Der 3. Juni, an dem die Wahlmänner die Abgeordneten zur preussischen Dreiklassenduma kürten, konnte im wesentlichen nichts Neues mehr bringen. In der weit überwiegenden Zahl der Wahlkreise stand das Ergebnis ja schon nach den Wahlmännerwahlen vom 16. Mai fest. Und selbst bei den Stichwahlen konnte nur für die wenigsten ein Zweifel über den Ausgang bestehen. Es war dies bei jenen Wahlkreisen der Fall, in denen der Fortschritt oder die Sozialdemokratie den Ausschlag zwischen rechts und links zu geben hatten. Überraschungen sind dabei nicht herausgekommen. Die Sozialdemokratie hat den Fortschritt in mehreren Wahlkreisen durch ihre Stimmen herausgepaukt. Der Fortschritt hat sich seinerseits zur Gegenleistung in einem Falle aufgeschwungen, wo er durch bloße Stimmenthaltung zugunsten der Sozialdemokratie entscheiden konnte. Wo es ihm aber möglich gewesen wäre, die Rechte zu schwächen, indem er positiv für die Sozialdemokratie eintrat, da hat er kläglich versagt. Nur politische Kinder und Träumer konnten es anders erwarten.

Der Wahlkreis, in dem die Fortschrittler durch Stimmenthaltung die Entscheidung zugunsten der Sozialdemokratie gaben, war der Berliner Vorortbezirk Nieder- und Oberbarnim. Er hatte drei Mandate zu vergeben, die nun unseren Genossen Gutsbesitzer Söfer, Parteikassierer Braun und Schriftsteller Saenisch zugefallen sind. Die sozialdemokratische Fraktion wird künftig aus zehn Mann bestehen, denn aus eigener Kraft hat die Sozialdemokratie Mandate erobert beziehungsweise behauptet: fünf in Berlin, eins in Neukölln-Schöneberg und eins in Lichten. Gegen den vorigen Landtag ist die Fraktion also um vier Köpfe verstärkt worden. In drei Berliner Kreisen — dem achten, zehnten und zwölften — ist unsere Partei dem Fortschritt sehr nahe gekommen, den zwölften mußte er in der Stichwahl verteidigen. Die Volkspartei hat die 3 Mandate diesmal noch mit knapper Not gerettet, sie sind indes aller Voraussicht nach zukünftiger sozialdemokratischer Besitzstand. In sämtlichen Stichwahlen, die die Sozialdemokratie auszufechten hatte — mit Ausnahme der im Wahlkreis Ober- und Niederbarnim —, unterlagen unsere Kandidaten. Sie hatten die geschlossene Koalition der bürgerlichen Parteien gegen sich. In Elmshorn-Pinneberg hätte die fortschrittliche Volkspartei den Freikonservativen das Mandat entreißen können, wenn sie die Lösung gegeben hätte: Für die Sozialdemokratie. Aber sie enthielt sich lieber der Stimme, ehe sie der Sozialdemokratie den Sieg gegönnt hätte. Trotzdem hat die fortschrittliche Presse die Stirne, die Sozialdemokratie für den Ausgang verantwortlich zu machen, weil sie sich erlaubt hat, den Fortschritt zu überflügeln und aus der Stichwahl zu drängen. Wenn die sozialdemokratischen Wahlmänner die — Liebenswürdigkeit gehabt hätten, gleich im ersten Wahlgang für die schwächere Volkspartei einzutreten, so hätte der linksliberale Kandidat den Konservativen geschlagen. Der Fortschritt hätte dann nicht durch Stimmenthaltung das Mandat dem Junker zuschanzen können. Dieser Fall ist ebenso lehrreich, wie es die Betrachtungen der fortschrittlichen Presse darüber sind. Das Ganze ist eine vortreffliche Antwort auf die Frage, ob mit dem Fortschritt ein erfolgreicher Sturm auf das Dreiklassenhäus unternommen werden kann. Nicht einmal unter dem öffentlichen Wahlrecht bringt es die bürgerliche Demokratie fertig, an der Seite der Sozialdemokratie zu stehen.

Diese hat den freisinnigen Helden die Hilfe im Warnimer Kreis durch ihre Stimmen mehr als doppelt vergolten. Ihrem Eintreten verdankt der Fortschritt zwei Mandate in Breslau, eines in Guben, eines in Liegnitz, eines

in Jena und zwei in Brandenburg. Der Fortschritt hat also ein gutes Geschäft gemacht, und nur die Aussicht darauf hat ihn dazu bestimmt, durch passive Wahlhilfe dazu beizutragen, daß drei Sozialdemokraten mehr in den Landtag gekommen sind. Dank der aktiven Hilfe der Sozialdemokratie hat er die Verluste wett machen können, die er trotz seines Bündnisses mit den Nationalliberalen erlitten hat, und außerdem trug er noch einen kleinen Gewinn von drei Mandaten heim, so daß seine Fraktion auf 40 Köpfe wuchs. Die Nationalliberalen haben acht Mandate gewonnen, meist im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Hier hatte die Sozialdemokratie leider einen Rückgang ihrer Wahlmännerzahl zu verzeichnen, während das Zentrum Mandate verlor. Rechnet man die Eroberungen der Sozialdemokratie, des Fortschritts und der Nationalliberalen zusammen, so erhält man 15 Mandate, die der Rechten abgenommen wurden. Es ist das die einzige bemerkenswerte Verschiebung, die die Wahlen gebracht haben. Aber die konservative Herrschaft wird dadurch nicht in Frage gestellt. Das Dreiklassenhäus zählt immer noch 201 konservative und freikonservative Vertreter, und die können allezeit eine reaktionäre Mehrheit bilden, je nach Bedarf mit dem Zentrum, das 103 Mandate besitzt, oder aber mit den Nationalliberalen, die über 73 Mandate verfügen. Die Nationalliberalen gehören nämlich weit mehr zur Rechten als zur Linken, zumal jetzt, da ihr rechter, altnational-liberaler Flügel verstärkt wurde. Dieser ist selbst mit der Lupe nicht von den freikonservativen Scharmachern zu unterscheiden. Die im Ruhrrevier neu gewählten Nationalliberalen sind nämlich durch die Bank die Vertreter der Organisationen der Scharmacherischen Schwerindustriellen, der erbittertsten Feinde des Koalitionsrechts und des gleichen, ja selbst schon des geheimen Wahlrechts. Die Gewinne der Nationalliberalen bedeuten daher nicht einmal eine Verstärkung der Feinde des Dreiklassensystems.

Das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen zwingt die Blicke auf die Macht, die außerhalb des Parlaments sich zur Eroberung des Wahlrechts zu sammeln beginnt. Je weniger von dem preussischen Abgeordnetenhaus, je weniger von den bürgerlichen Parteien zu erwarten ist, um so unwiderstehlicher muß die Einsicht und der Wille des Proletariats wachsen, aus eigener Kraft zu siegen. Die Lösung der Stunde ist: Rüsten, bereit machen! Ihr zu gehorchen ist die Pflicht jedes Genossen und jeder Genossin. Der Wahlrechtskampf ruft. Er muß zeigen, daß an dem deutschen Proletariat die Lehren der Massenstreiks in Belgien, Schweden und namentlich in Rußland nicht spurlos vorübergegangen sind. Auch das „Deutsch reden“ der Massen muß die Ehren einer geschichtlichen Bedeutung erlangen. H. B.

Die Tariferneuerung im Baugewerbe.

In der letzten Maiwoche ist in Berlin zwischen dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und den baugewerblichen Arbeiterorganisationen ein Vertrag abgeschlossen worden, der für nahezu 400 000 Arbeiter die friedliche Erneuerung der Tarifverträge bedeutet. Es ist nämlich von diesen Organisationen der sogenannte Hauptvertrag unterzeichnet worden, der alle örtlichen Tarifverträge zu einem einheitlichen Ganzen zusammenfaßt. Lange hatte es den Anschein, als ob diese friedliche Tariferneuerung nicht möglich wäre, als ob es auch in diesem Jahre wieder zu einem gewaltigen Kampf im Baugewerbe kommen sollte. Wenn dieser Kampf schließlich doch noch vermieden worden ist, so lag das nicht an der Friedfertigkeit des Arbeitgeberbundes, sondern daran, daß dieser die Macht der Arbeiterorganisationen fürchten mußte. 1910 hatte er die große Aussperrung gewagt, um die Organisationen der Arbeiter niederzuringen und ihnen die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu diktieren. Durch das opferfreudige Verhalten der deutschen Bauarbeiterschaft haben die Bauunternehmer damals mit ihrer Aussperrung ein klägliches Fiasko erlitten. Sie konnten ihre Vergewaltigungsabsichten nicht

durchsetzen, sondern mußten obendrein nach neunwöchigem Kampfe noch eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 5 $\frac{1}{4}$ Pf. und eine nicht unerhebliche Verkürzung der Arbeitszeit bewilligen. Das war der Lohn dafür, daß der Bund fast 200 000 fleißige Arbeiter aufs Pfaster gesetzt und zahlreiche kapitalschwache Unternehmer an den Rand des Ruins gebracht hatte!

Unter diesen Umständen mußte es sich der Unternehmerbund wohl überlegen, ob er sich in diesem Jahre schon wieder eine Machtprobe leisten konnte. Das vermochte er mit Aussicht auf Erfolg um so weniger, als die Arbeiterverbände seit der Aussperrung 1910 riesig erstarkt waren, während er zur Stärkung seiner Macht zwar viel getan, aber wenig erreicht hatte. Als er 1911 die Ansammlung eines Kriegsschatzes von einer Million Mark beschloß, waren ihm ja über ein Sechstel seiner Mitglieder davongelaufen. Auch mußte der Unternehmerbund daran denken, daß sein Vorgehen 1910 von der öffentlichen Meinung sehr entschieden verurteilt worden war und daß bei der diesjährigen Jubelfeststimmung eine neue Aussperrung selbst in hohen und höchsten Kreisen Anstoß erregen könnte. So mußte er auf den Kampf verzichten und den Wünschen der Arbeiter entgegenkommen. Zur Nachgiebigkeit des Bundes trug vielleicht auch die Tatsache bei, daß ein Kampf in diesem Jahre bei der keineswegs sehr günstigen Konjunktur für zahlreiche Bauunternehmer und Materiallieferanten den Ruin bedeutet hätte.

Durch den Tarifabschluß erhalten rund 380 000 Arbeiter Lohnerhöhungen von 3 bis 12 Pf. pro Stunde, verteilt auf drei Jahre. Die durchschnittliche Lohnerhöhung beträgt zwischen 5 und 5 $\frac{1}{4}$ Pf.; sie ist also fast ebenso groß wie 1910 nach neunwöchigem Kampfe. Außerdem erhalten 75 000 bis 80 000 Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit, die für die meisten eine halbe Stunde pro Tag beträgt. Wenn man die riesige Steigerung der Lebensmittelpreise in Betracht zieht, dann erscheint die bewilligte Lohnerhöhung keineswegs als sehr hoch, sie wird den Bauarbeitern noch lange nicht eine völlige Befriedigung ihrer Bedürfnisse ermöglichen. Jedoch an dem gemessen, was Gewerkschaften bei Lohnbewegungen sonst zu erringen pflegen, bedeutet das erreichte Mehr an Verdienst doch einen schönen gewerkschaftlichen Erfolg, der um so höher anzuschlagen ist, da er fast ohne jedes Opfer für eine sehr große Zahl von Arbeitern errungen werden konnte. Der gewerkschaftliche Kampf wird ja nicht geführt, um die Kapitalisten zu expropriieren und den Kapitalismus selbst zu beseitigen. Er soll vielmehr in erster Linie den verletzenden Tendenzen entgegenwirken, die dem Kapitalismus eigenförmlich sind; er soll den Kapitalisten einen Teil des Mehrwerts abtrotzen, den sie aus den Arbeitern herauspressen. Das Baugewerbe befindet sich zurzeit keineswegs in einer sehr glänzenden Lage; in einzelnen Gebieten ist die Konjunktur sehr mittelmäßig, in manchen Großstädten sogar sehr schlecht. In solchen Zeiten sind auch die Profite der Unternehmer nicht übermäßig hoch, zumal wenn ein Gewerbe nur zu so hohen Zinsen Geld bekommen kann wie gegenwärtig das Baugewerbe. Auch unter diesem Gesichtspunkt können die Bauarbeiter mit dem wohl zufrieden sein, was sie durch ihre Tarifbewegung erreicht haben.

Daß die Arbeiterorganisationen diese Erfolge auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und Vereinbarungen durchsetzen konnten, haben sie in erster Linie ihrer eigenen Stärke zu verdanken. Sie hatten in den letzten Jahren auf alle Fälle eifrig zum Kampfe gerüstet. Der Bauarbeiterverband allein hat 1911 und 1912 um mehr als 100 000 Mitglieder zugenommen; eine bedeutende Mitgliederzunahme hatten ebenfalls der Zimmererverband und der Christliche Bauarbeiterverband, die mit dem Deutschen Bauarbeiterverband gemeinsam die Bewegung führten. Auch ihre Kassenbestände hatten diese drei Verbände stark erhöht. Der Deutsche Bauarbeiterverband allein verfügte am Schlusse des Jahres 1912 über 15 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark Vermögen. Solche Mitgliederzahlen und Kassenbestände flößen auch einer starken Unternehmerorganisation Respekt ein und veranlassen sie, lieber den Ar-

beitern Entgegenkommen zu zeigen, als durch einen Riesenkampf die eigene Macht aufs Spiel zu setzen.

Einen dauernden Frieden und ein dauerndes Entgegenkommen der Unternehmer können freilich auch starke Gewerkschaftsorganisationen nicht verbürgen, dazu gehen die Interessen der Unternehmer und der Arbeiter viel zu weit auseinander. Die Arbeiter lernen erkennen, daß sie die Schöpfer aller Werte sind, und so verlangen sie einen immer größeren Anteil des Arbeitsertrags für sich. Ihre Ansprüche werden mit Recht immer höhere. Aber andererseits glauben die Unternehmer Anspruch auf einen möglichst großen Profit zu haben, den sie am leichtesten erlangen können, wenn sie den Preis der Arbeitskraft, den Lohn der Arbeiter herabdrücken. Außerdem werden die Unternehmer stets das Bestreben haben, die Arbeiter zu beherrschen, sie ihrem Willen botmäßig zu machen, während die Arbeiter immer mehr auch nach ökonomischer Freiheit streben. Aus diesen Gegenätzen heraus, die in der kapitalistischen Gesellschaft nicht aufgehoben werden können, müssen immer wieder Kämpfe zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer entstehen. Darüber sind sich auch die Verbände der baugewerblichen Arbeiter durchaus klar, und auch dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe fehlt diese Einsicht nicht. Er hebt zwar fortgesetzt seine friedlichen Absichten hervor, aber das sind nur Worte, mit denen seine Taten schlecht übereinstimmen.

In Wirklichkeit rüstet der Arbeitgeberbund seit langem mit großer Energie zu einem neuen Entscheidungskampfe. Es ist nicht seine Schuld, daß dieser Entscheidungskampf heuer noch nicht geführt werden konnte. 1916 aber glaubt der Bund soweit zu sein, daß er die Entscheidung wagen darf. Man muß zugeben, daß er seine Vorbereitungen für den Kampf sehr breit angelegt hat. Der Bund hat sich mit dem Deutschen Betonverein verschmolzen und dafür Sorge getragen, daß auch die Betonarbeiter unter die 1916 ablaufenden Verträge fallen. Er hat weiter mit neun anderen baugewerblichen Unternehmerverbänden Kartellverträge abgeschlossen und sie zu einem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände vereinigt, für den eine einheitliche Tarifpolitik vereinbart worden ist. Alle Verbände sollen dafür sorgen, daß 1916 die Tarifverträge zu gleicher Zeit ablaufen. Mit den baugewerblichen Arbeitgeberverbänden des Auslandes hat der Bund ebenfalls Kartellverträge abgeschlossen und sie verpflichtet, bei Kämpfen keinen aus Deutschland kommenden Arbeiter einzustellen. So schafft sich der Arbeitgeberbund die Grundlage zu einem Riesenkampf, zu einem Kampf, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Allem Anschein nach strebt er sogar die gleichzeitige Führung der Kämpfe in den verschiedenen Ländern an, um auf internationaler Grundlage das zu erreichen, was im nationalen Rahmen zu erreichen ihm nur schwer möglich ist. Um einen Riesenkampf auch finanziell sicherzustellen, hat der Bund einen Wehrschatz von einer Million Mark angelegt. Bei dieser Gründung sind ihm zwar 4000 Mitglieder davongelaufen; aber es ist kein Zweifel, daß er diese bis 1916 wieder zurückgewonnen hat. Er versteht es vorzüglich, alle möglichen Zwangsmittel anzuwenden, um Außenleiter in seine Organisation zu pressen, ohne daß sich ein Staatsanwalt auch nur im mindesten darum kümmert. Was Arbeitern jahrelange Strafen einbrächte, das darf der Bund unter den Augen der hohen Obrigkeit ganz ungeniert und ungestraft tun. Er sucht selbst die Materiallieferanten unter seine Botmäßigkeit zu zwingen, obgleich diese ihm zum großen Teil feindlich gegenüberstehen. Er boykottiert aufs strengste jene Lieferanten, die dem Bund nicht angehören und die sich auch weigern, Beiträge zum Wehrschatz zu zahlen. Schließlich will der Bund auch noch der Vereinigung sämtlicher deutscher Arbeitgeberverbände beitreten und zu diesem Zwecke seine Mitgliederbeiträge verdoppeln. Bei künftigen Kämpfen will er Rückhalt an den großen Verbänden der Industriellen haben.

Alle diese Maßnahmen zeigen deutlich, daß der Bund in diesem Jahre nur Frieden geschlossen hat, weil er sich noch

nicht stark genug fühlte, einen Entscheidungskampf mit den Arbeiterorganisationen zu wagen. Er will sich in aller Ruhe darauf vorbereiten. Wenn er so weit ist, daß er meint, einen Kampf siegreich bestehen zu können, werden seine Friedensphrasen ebenso verstummen, wie sie 1910 verstummt sind. Die Arbeiterorganisationen brauchen sich deswegen nicht zu fürchten. Sie wissen, daß die Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital immer größer werden müssen. Und sie rüsten für diese Kämpfe. Jeder Machtvergrößerung der Unternehmerorganisationen werden sie einen noch größeren Machtzuwachs ihrer eigenen Organisationen entgegenstellen. Und wenn es schließlich zu Kriegen kommt, so mögen die Kapitalisten wissen, daß sie dabei mehr zu verlieren haben als die Arbeiter. Diese werden auch Kriegen von noch nie dagewesener Größe mit größtem Gleichmut entgegensehen.

A. Ellinger.

Für unsere Jugend.

In der Nacht auf Weihnachten des Jahres 1717 brüllte der Sturm über die Nordsee und trieb die rollenden Wasserberge mit unwiderstehlicher Gewalt gegen die Deiche der friesischen Küste. Um 2 Uhr in dieser Schreckensnacht brachen die Deiche und mannshoch rasteten die schäumenden, gierigen Fluten in das unglückliche Land, alles hinter sich zerstörend; bei stockfinsterner Nacht verrichteten Sturm und Fluten ihr Werk grauenvollster Verwüstung: Bäume wurden umgerissen, viele Häuser zerstört und mehr als 18 000 Menschen, nach anderen Berichten gar 36 000, sind damals in den unerfättlichen Fluten umgekommen.

Von dem finsternen Hintergrunde dieser schrecklichen Nacht hebt sich, leuchtend in unvergänglichen Farben, eine Tat edelster Liebe und echtesten Heldentums ab. Als die Bewohner des Dorfes Funnix sahen, daß jede Rettung für sie unmöglich war, setzten sie ihre Kinder in zwei Boote und ließen sie von den Wogen treiben in der inbrünstigen Hoffnung, ein mitleidiges Geschick möchte die Boote zu Menschen treiben, die sich hilfsbereit der Kleinen annehmen würden. Die Fluten rauschten und führten die Boote davon. Und die Väter und Mütter, die mit banger Erwartung ihrer teuersten Habe nachblickten? Sie alle, alle fanden den Tod in den kalten, unbarmherzigen Fluten.

Erhabenes Beispiel der Elternliebe, die ohne Besinnen das eigene Leben opfert, um ihr kostbarstes Gut, ihre Kinder zu retten. Zene einfachen Leute von Funnix wußten beim Herannahen des sicheren Unterganges nichts Besseres zu tun, als ihre Kinder zu retten, weil es bei ihnen feststand, daß zwei Boote voll jungen, blühenden Menschenlebens mehr wert waren als ein ganzes Dorf voll alter, verbrauchter Menschen. In den beiden Booten schwamm ihre Hoffnung auf die Zukunft.

O Elternliebe! O Zukunftshoffnung!

Wie steht es um unsere Hoffnung auf die Zukunft, um unsere Kinder? Haben auch wir erkannt, daß, wenn wir unsere Zukunft sichern wollen, wir bereit sein müssen, große Opfer zu bringen? Und sind wir bereit dazu?

Aber warum? Droht uns die Vernichtung durch nächtliche Sturmfluten oder ähnliche Naturereignisse? Nein; aber die Sturmflut des Kapitalismus ist in ihren Folgen ebenso verheerend und weit tödlicher. Sie zerrüttet nicht nur unsere, der Eltern Kraft und Gesundheit, nein, sie streckt auch ihre gierigen Fänge nach unserer Jugend aus. Damit aber untergräbt sie unsere Zukunft. Es ist bitter notwendig, daß wir etwas tun zum Schutze unserer Zukunft, unserer Jugend, die sich wundreibt unter dem Doppeljoch wirtschaftlicher Ausbeutung und geistiger Abhängigkeit.

Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft! Ich frage: Kommt es nicht sehr darauf an, was für eine Jugend man hat? Wer eine nicht allein wirtschaftlich ausgezogene, sondern auch geistig gefesselte Jugend hat, der hat noch lange nicht die Zukunft. Und der bekommt sie auch nicht. Unsere Aufgabe

muß also sein, unsere Jugend nicht nur möglichst gegen die Gefahren der kapitalistischen Arbeitsfront zu schützen, sondern sie auch von der geistigen Abhängigkeit zu befreien, in die sie hauptsächlich durch eine unfählich jammervolle Volksschulbildung geraten ist. Dann erst, wenn diese Aufgabe erfüllt ist, werden wir eine widerstandsfähige und geistig selbständige, für wirtschaftliche wie politische Kämpfe gewappnete Jugend haben. Und dann haben wir die Zukunft.

Hier soll erneut auf die zweite Hälfte unserer Aufgabe, auf die Erziehung zu geistiger Selbständigkeit, hingewiesen werden. Ob auch in dieser Hinsicht schon vieles geschehen und manches erreicht ist, wir müssen dennoch offen aussprechen: Es ist bei weitem nicht genug. „Für die Jugend ist das Beste gerade gut genug.“ Wohl, wohl; aber was nützt unserer Jugend die schönste und richtigste Überzeugung, wenn nicht die entsprechenden Taten auf dem Fuße folgen? Wir können und müssen mehr tun, um die Veranstaltungen unserer Jugend so wertvoll wie irgend möglich zu machen. So lange die Volksschule im Dienste des Klassenstaats steht, ist es unsere Pflicht, ihre ungeheure Veräumnis an den Kindern des Proletariats wieder gut zu machen, die Lücken der erbärmlichen Volksschulbildung mit wertvollem Inhalt auszufüllen. Und dazu ist unsere proletarische Jugendbewegung die wichtigste Stelle. Gewiß, auch die Fortbildungsschule hat ihren Wert. Aber vergessen wir nicht, daß auch sie der kapitalistischen Klassengesellschaft dienen muß. Soll sie nicht — um nur eines herauszugreifen — durch den Religionsunterricht das Werk geistiger Verblödung fortsetzen, das die Volksschule begonnen hat?

Diejenigen unter unseren erwachsenen Genossen und Genossinnen, die ihre Kinder der proletarischen Jugendbewegung noch fernhalten, haben noch immer nicht begriffen, daß unsere Jugendbewegung ein Träger unserer proletarischen Bildungsbestrebungen ist, und zwar, ich wiederhole, der wichtigste. Wo in aller Welt kann unsere Arbeiterjugend sonst noch die geistige Bildung in unserem Sinne erwerben? Es gibt keine andere Möglichkeit.

Selbstverständlich erwarten wir von unseren Vertretern im Reichs- und Landtag und in den Gemeindeparlamenten, daß sie alles tun, um die Volksschule so weit wie möglich aus ihrer abhängigen Stellung zu befreien. Vorläufig jedoch sind wir noch nicht so weit. Darum müssen wir unserer Jugendbewegung verdoppelte Sorgfalt und verdoppelten Eifer zuwenden. Die Jugendbewegung darf nicht eine Sache bleiben, die nebenher erledigt wird, sondern jeder erwachsene Genosse, jede erwachsene Genossin muß nach Kräften mitarbeiten an der körperlichen und geistigen Erziehung unserer Jugend. Diese Saat ist nicht verloren; sie wird Früchte tragen und unsere spätere Arbeit gewaltig erleichtern. Was im einzelnen geschehen muß, darüber möge ein folgender Artikel einige Fingerzeige bieten.

Für gen Brand.

Die Neuwahlen in Finnland und die Arbeiterinnen.

I. K. Die Neuwahlen zu der finnischen Volksvertretung sind auf den 1. und 2. August dieses Jahres festgesetzt, und die Wahlagitatio befindet sich bereits im vollen Gange. Gleich als die Landtagsarbeiten Anfang Mai abgeschlossen wurden, trat die Sozialdemokratie energisch in den Wahlkampf. Selbstverständlich begann nun auch in den Organisationen der Arbeiterinnen neues Leben. Sie beteiligen sich sehr lebhaft an dem Kampfe, und ihre Agitation gewinnt immer breiteren Boden. Von Wahl zu Wahl, von Session zu Session sammeln unsere Genossinnen neue Erfahrungen, wie sie zu verfahren und was sie zunächst zu fordern haben. Hervorzuheben dürfte ein Aufruf des Verbandes der Arbeiterinnenorganisationen an die sozialdemokratischen Organisationen sein. Er ersucht darum, bei der Aufstellung der Kandidaten zur Volksvertretung auch besonderes Gewicht

auf die Kandidatur von Frauen zu legen, die sich für die parlamentarischen Arbeiten eignen. In dem Aufruf heißt es:

„Wiederum haben wir Parlamentswahlen vor uns. Erneut steht das finnische Volk vor der Aufgabe, sich rüsten zu müssen zu der parlamentarischen Arbeit, zu Kämpfen auf dem Gebiet der Gesetzgebung. Der Zweck dieser Kämpfe ist, Rechte zu erobern und die gewonnenen Vorteile zu verteidigen gegen die wachsende kapitalistische Ausbeutung und die politische Unterdrückung und Entrechtung, die immer stärker um sich greift.

Bei den bevorstehenden Wahlen können die proletarischen Frauen keineswegs als gleichgültige Zuschauerinnen abseits verharren. Das politische Wahlrecht gewährt den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen nicht nur ein wertvolles Recht, sondern auferlegt ihnen auch eine sehr wichtige Pflicht. Es tut not, daß die Klassenbewußten Proletarierinnen durchdrungen werden von dem Bewußtsein ihrer Pflichten im Wahlkampf der Sozialdemokratie. Sie müssen sich in ihm eifrig betätigen. Sie sollten verstehen lernen, daß der Zweck des Wahlkampfes ist, das Proletariat und damit auch die Lage der proletarischen Frauen zu heben.

Es versteht sich, daß die Mitwirkung der Proletarierinnen an der Gesetzgebung durch Angehörige ihres eigenen Geschlechts — neben den Vertretern ihrer männlichen Klassengenossen — der beste Weg ist, um die besonderen Interessen beider Geschlechter wirksam zu wahren. Es ist fraglos — und die bisherige parlamentarische Arbeit hat es einleuchtend bestätigt —, daß es auf dem Gebiet der Gesetzgebung viele Materien gibt, die von den Parlamentarierinnen eingehende Sachkenntnisse heischen, und bei deren Erledigung die Mitwirkung von Frauen von größter Bedeutung ist. Es wäre von außerordentlicher Wichtigkeit, daß sozialdemokratische Frauen sich auf dem großen Gebiet der Gesellschaftswissenschaften Kenntnisse in Fragen aneignen könnten, die von den Proletarierinnen bisher nur wenig beherrscht werden. Das Wahlrecht der Frauen verpflichtet sie zu der tätigen Mitarbeit an der Gesetzgebung, es genügt nicht, daß sie nur den Stimmzettel abgeben.

Für die proletarische Gesamtbewegung kann es nur von Vorteil sein, wenn wir uns bei der Aufstellung von Kandidaten und bei der endgültigen Wahl von der Einsicht leiten lassen, daß eine größere Beteiligung der Frau an dem sozialdemokratischen Klassenkampf sehr wünschenswert ist. Die Unüberwindlichkeit der Sozialdemokratie ist darin begründet, daß ihre Reihen allen Bedrückten offen stehen, und ohne das Werk der Sozialdemokratie ist an eine Befreiung der Proletarierin nicht zu denken.

Im Interesse des Proletariats, besonders aber im Interesse der proletarischen Frauen liegt es daher, daß in allen Wahlkreisen des Landes die sozialdemokratischen Wahlausschüsse auf die Listen ihrer Kandidaten zur Volksvertretung auch eine oder zwei Genossinnen stellen würden, die sich für die parlamentarische Tätigkeit eignen. Auf diese Weise wäre es den Proletarierinnen überall möglich, ihre Stimmen eventuell für eine Genossin abzugeben.“

Dieser Aufruf ging durch die gesamte Parteipresse, und der Vorschlag hat überall Berücksichtigung gefunden: In allen 15 Wahlkreisen sind Genossinnen als Kandidaten der Sozialdemokratie vorgeschlagen worden, und wir dürfen hoffen, daß sie auch bei der entscheidenden Parteistimmabstimmung durchkommen und auf die Wahllisten gelangen werden.

Silja Pärssinen, Helsingfors.

Zwei Tagungen von Vereinigungen für Mutterschutz.

In Berlin fand vom 7. bis 9. Juni die Generalversammlung des deutschen Bundes für Mutterschutz statt und im Anschluß daran eine Konferenz der Internationalen Vereinigung für Mutterschutz und Sexualreform. Das Publikum wohnte den Tagungen, die drei Abende

in Anspruch nahmen, in großer Zahl bei, wie sonst nur hochbedeutenden Veranstaltungen. Darum muß es um so mehr auffallen, daß die reichshauptstädtische Presse sich fast ausnahmslos den Verhandlungen fernhielt, die ihr zugegangenen Korrespondenzen darüber keines Nachdrucks würdigte und sich nicht mit den gehaltenen Vorträgen beschäftigte, obgleich darin wichtige Fragen behandelt und zum Teil recht reaktionäre Ansichten entwickelt wurden. Es ist dies alles um so bemerkenswerter, als sogar der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Professor Dr. Silbergleit, zu den Vortragenden zählte.

Sanitätsrat Dr. Alexander-Breslau erörterte in seinem Vortrag „die Beeinflussung des Geburtenrückganges“. Er tat dies offenbar von einem strengen nationalen Standpunkt aus. Der Vortrag setzte mit dem Hinweis ein, daß wir in Deutschland nicht über unsere starke Bevölkerungszahl zu jubeln brauchten, wenn wir auch noch in der glücklichen Lage wären, durch die neue Wehrvorlage unser Heer auf mehr als 800 000 Mann bringen zu können. Auch bei uns habe der Geburtenrückgang eingesetzt. Das Recht des Staates auf Bevölkerungsvermehrung stehe höher als das Recht des einzelnen, ganz gleich, ob für diesen Verelendung eintrete oder nicht. Es heiße die Frage unter dem Gesichtswinkel der nationalen Politik betrachten. Selbst die relative Beschränkung der Kinderzahl müsse dabei in ihrer Bedeutung ins Auge gefaßt werden. Sinken der nationalen Stärke bedeute Rückgang der Volksmacht, wenn auch zugegeben werden müsse, daß in kinderreichen Familien die Kindersterblichkeit groß sei. Bedenklich sei vor allen Dingen — der Umstand schien dem Vortragenden offenbar am bedeutungsvollsten —, daß nun auch die Zahl der Arbeiter heruntergehen werde. Schon jetzt kämen jährlich mehr als 350 000 Slawen als Arbeiter nach Deutschland, und jeder davon nähme annähernd 200 Mk. mit nach Hause. Daß wir oft mehr als 350 000 arbeitslose Volksgenossen im Lande haben und die slavischen Arbeitskräfte gar nicht nötig hätten, wenn nicht die unerfällliche kapitalistische Profitgier wäre, dieser Gedanke schien dem gut bürgerlichen Hirn des Herrn Sanitätsrats fernzuliegen. Ebenso wollte er auch die wirtschaftliche Ursache des Geburtenrückganges nur nebenbei gelten lassen. Nach diesen Ausführungen kam er in sein richtiges Fahrwasser. Die schlesische Ärztekammer — deren Vorkämpfer der Herr zu sein scheint — mache die moderne Frauenbewegung für den Geburtenrückgang verantwortlich. Die Frauen wollten nicht mehr Geburtschmerzen leiden, und die Frau herrsche in der Familie. Vor allen Dingen hätten der wachgewordene Arbeiter und die Arbeiterfrau, die auch im Erwichen begriffen sei, keine Lust mehr, viele Kinder in die Welt zu setzen. Und zwar, weil beide zu geringfügig geworden seien. Auch wenn die Arbeiterfrau nicht selbst im Erwerb leben sehe, sei sie doch übertrieben puffsüchtig und eitel geworden. Sie freue sich über einen Abortus, und ihr ethisches Gefühl stumpe ganz ab. Eine Arbeiterfrau habe ihrem Manne sogar Geld gegeben, damit er sich mit anderen amüsiere. Auch Geschlechtskrankheiten verringerten die Geburten, aber von besonderem Einfluß darauf seien die überall auftauchenden Annoncen über Geschlechtsverkehr ohne Kindersegen, oft zwölf in einer einzigen Zeitungsnummer. Die sozialdemokratischen Blätter täten allerdings dabei nicht mit. Auch ins Land hinaus gesandte Prospekte über Mittel zur Verhütung der Empfängnis trügen dazu bei, den unverständigen Frauen das Geld aus der Tasche zu ziehen und ihre Gesundheit zu untergraben. Der Vortragende wendete sich in diesem Zusammenhang auch gegen das Bilzschke Buch, das in einer Million Exemplare verbreitet worden sei, gegen die Hausiererinnen, die Muttersprizen und ähnliches empfehlen, und gegen die Ratschläge zur Verminderung der Kinderzahl, die die Frauen einander erteilten. Gegen das alles müßte die Gesetzgebung einschreiten. Noch andere Maßnahmen seien notwendig: Gebärarshale sollten gebaut werden, die Nachforschungen nach der Vaterschaft bei unehelichen Kindern hätten aufzuhören und die Kurpfuscherei sei zu beschränken. Das Eingreifen gegen den Geburtenrückgang sei nationale Pflicht. Daß 1908 in Deutschland trotz aller Fortschritte der Wissenschaft noch 12 000 Frauen an den Folgen der Entbindung starben, daß 1909 in Preußen nach dem Medizinalbericht noch annähernd 130 000 Frauen ohne Arzt oder Hebamme entbinden mußten: diese Tatsachen hat Sanitätsrat Dr. Alexander nicht berücksichtigt. Und doch sind sie gewiß von Bedeutung für die beklagte relative Bevölkerungsabnahme.

Der bekannte Statistiker Dr. Silbergleit bestätigte in seinem Vortrag, daß in Deutschland die Geburten abnehmen, besonders auch in den Arbeitervierteln wie in Berlin N und Berlin O. Die Geburtenziffer sei von 42 auf tausend der Bevöl-

terung gegen 1897 allmählich auf 30,2 im Jahre 1911 und 28,7 im Jahre 1912 gesunken. Das bedeute eine Abnahme um fast ein Drittel. Der Vergleich mit der Geburtenzahl anderer Länder zeige auch dort im allgemeinen einen Geburtenrückgang. Allerdings betrage zurzeit in Osterreich die Geburtenziffer noch 34 auf 1000 der Bevölkerung, in Rußland hatte sie 1905 sogar die Höhe von 44. Die Slaven vermehren sich andauernd besonders stark. Die Großstädte hätten eine verhältnismäßig weit geringere Geburtenzahl als die kleinen Plätze und das flache Land, wo der Neumalthusianismus sehr langsam, aber doch auch schon deutlich erkennbar eingezogen sei. Die Herabsetzung der Sterblichkeit habe Grenzen. Es wäre daher höchste Zeit, daß Geburtenpolitik getrieben würde. Wenn 1908 85 000 Knaben weniger geboren worden seien als 1904, so bedeute das einen um so viel schlechteren Jahrgang für das Militär. In Berlin sei beispielsweise die eheliche Fruchtbarkeit von 240 pro Tausend auf 90 pro Tausend gesunken. Degeneration könne für den Geburtenrückgang höchstens bei den jugendlichen Arbeiterinnen geltend gemacht werden. Der Arbeiter ahme das Vorbild der Gebildeten nach, die Arbeiterin wolle auch nicht nur Geschlechtswesen oder Diensthote bleiben. Vor allen Dingen müsse dem Geburtenrückgang durch eine bessere Wirtschaftspolitik entgegengewirkt werden, die Teuerung sei zu beseitigen, die Mütter aller Stände sollten besser geschützt werden. Die Hebung der wirtschaftlichen Zustände sei die Hauptsache, mit gesetzlichen Maßregeln gegen die Schutzmittel würde nichts erreicht. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten könne zur Bevölkerungsvermehrung etwas helfen, aber man müsse bedenken, daß es Geschlechtskrankheiten gegeben habe, lange ehe der Geburtenrückgang einsetzte.

In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner für die Beschränkung der Kinderzahl aus. Dieser Umstand veranlaßte Herrn Professor Silbergleit zu der Äußerung: „Wenn ich gehäht hätte, daß ich mich hier in einem Bund zum Schutze vor der Mutterschaft befände, so hätte ich den Vortrag gar nicht übernommen!“ Der Vorsitzende stellte daraufhin fest, daß er jeder Meinung das Wort zu gestatten habe. So brach ein Dr. Bornstein in der Debatte eine Lanze für die Intelligenz der Sozialdemokratie und betonte, daß die Slaven durch die Kirche beeinflusst würden, so viel Kinder wie möglich zu zeugen. Er hob hervor, daß sich niemand über den Geburtenrückgang aufgeregt habe, solange nur die Gebildeten den Geburtenrückgang betrieben hätten. Erst jetzt, wo auch die Arbeiter, von bitterer wirtschaftlicher Not gebrängt, die Kinderzahl einzuschränken begännen, hebe das große Lamento an. Eine Diskussionsrednerin wies auf die vielen deutschen Mädchen hin, die in Paris entbinden und ihre Kinder in Frankreich zurückließen. Sie hätte hinzufügen können, daß zahlreiche deutsche Mädchen nach England gehen, um die Abtreibung vornehmen zu lassen, weil diese dort während der ersten Hälfte der Schwangerschaft nicht geschwidrig ist. Frauenrechtlerinnen griffen natürlich in die Debatte ein, insbesondere auch, um die Angriffe gegen die moderne Frauenbewegung zurückzuweisen.

Am zweiten Abend sprachen ein Ethiker, ein Jurist und ein Arzt zur Prostitutionenfrage. Sie kamen im Grunde genommen alle drei zu den gleichen Schlüssen. Die Prostitution sei wohl zu bekämpfen, besonders durch bessere Entlohnung, und unsere Zeit könne vielleicht in dieser Beziehung erfolgreich den Kampf aufnehmen. Der Ethiker vertrat dabei die Ansicht, daß der Staat durch seine Reglementierung und Kasernierung der Prostitution nur das Prostitutionselend gesteigert habe. Solange er das weiter tue, sei keine Hilfe zu erwarten, dann möge er aber auch die Unglücklichen unterstützen, die er schafft. Der Landgerichtsrat Rupprecht-München betonte, daß im allgemeinen immer die Hälfte aller Dirnen eines Ortes minderjährig sei; die Hälfte dieser Minderjährigen aber sei in der Regel krank. Im Hinblick auf die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten müßten die Jugendlichen, die nicht der Kontrolle unterstehen, nicht ärztlich behandelt werden, als besonders gefährlich angesehen werden. Aber andererseits sei es verfehlt, gegen diese Kinder die Schärfe des Gesetzes anzuwenden, ihnen das ewige Schandmal als Dirnen aufzudrücken. Das Gesetz über Jugendgerichtshöfe biete die Möglichkeit, ihnen beizuspringen. Auch in Frankreich und Belgien ginge man milde gegen die Jugendlichen Prostituierten vor. Diese rekrutieren sich in der Mehrzahl aus den Jung in die Stadt gekommenen Dienstmädchen, ihnen reihten sich die Kellnerinnen und die Fabrikarbeiterinnen als nächstgroße Gruppen an. Die Dienstherrschaften versäumen es meist, sich um diese halben Kinder zu kümmern, darum das große Elend. Hier könnten Frauenvereine helfend eingreifen. Auch sei die Polizeiärztin mit Entschiedenheit zu fordern, und in den Krankenhäusern solle man jugendliche und ältere Prostituierte streng getrennt halten. Die Großstadt

mit ihren Verführungen, ihrem Glanz, die Auffichtslosigkeit der jungen Mädchen wären meist die Ursache zu dem Unglück. Dr. Rupprecht fordert eine Landeszentralfürsorge. Polizei und Gericht allein wären nicht imstande zu helfen. Der dritte Redner, Dr. Magnus Hirschfeld, sprach über männliche und weibliche jugendliche Prostituierte und beleuchtete besonders scharf die Kreise, die sie umgeben: Wirte, Juwelenhändler, Vermieter, Vergnügungslokalhaber usw., kurz, das „Kapital“, das die Unglücklichen ausbeutet. Er will den Prostituierten gegenüber Milde angewendet wissen. Viele, die meisten würden nur durch wirtschaftliche Not ins Laster gestossen. Viele in der Jugend, die sich gern aus dem Sumpf herausretten möchten und denen das erschwert wird, weil Polizei oder Gesetz ihnen ein Brandmal aufgedrückt hätten. Der Vortragende schilderte, wie die männlichen Prostituierten — die er in Gelegenheitsprostituierte und gewerbmäßige Prostituierte einteilt — sich in Konditoreien und ähnlichen Lokalen ihre weiblichen Opfer suchen, oft durch Heiratschwindel gewinnen und dann durch die Forderung von Schweigegeldern ausbeuten. Unter den Homosexuellen befänden sich viele ganz normal Veranlagte, die nur des Geldes wegen sich zu homosexuellem Verkehr hergäben. Auch für diese Art der Prostitution sei die Wurzel oft in unglücklichen Familienverhältnissen, in wirtschaftlicher Not zu suchen. Von Gewaltmaßregeln zur Bekämpfung des homosexuellen Verkehrs erhofft Dr. Hirschfeld nichts, nichts von der Prügelstrafe, die England dafür wieder eingeführt hat. Die moderne Frauenbewegung in Deutschland möge sich hüten, wie in Neu-Seeland zur Schaffung strenger Gesetze gegen solche Unglückliche beizutragen, sie solle die in Betracht kommenden Fragen eingehend prüfen. Notwendig sei wissenschaftliche Durchforschung des Problems, Aufklärung der so verhängnisvoll veranlagten Personen, bessere Erziehung, Sport, vor allen Dingen aber Hebung der sozialen Notlage. In der Diskussion betonten viele Redner, daß es an der Zeit sei, den Kampf gegen den „unfitlichen Mann im allgemeinen“ zu eröffnen.

Am dritten Abend wurde die Sexualfrage international behandelt. Professor v. Wiese-Düsseldorf sprach eingehend über die indischen Familienverhältnisse. Er kam zu dem Schlusse, daß England aus Kolonialinteresse bei ihrer notwendigen Umgestaltung versage, daher müsse eine internationale Studienvereinigung eingesetzt werden, die im Verein mit den Asiaten selbst die Emanzipation der Frauen dort in die Wege leite. Die religiösen Anschauungen, die Macht des Priestertums machen die Lage der indischen Frauen zu einer trostlosen. Die Witwenverbrennungen sind zwar abgeschafft, aber das Elend der unzähligen Witwen, denen das Brahmanentum einen Makel aufdrückt, spottet jeder Beschreibung. Gegen 500 000 Witwen, von denen 20 000 unter 5 Jahren alt sind, bilden die Opfer der Priesterkaste. Das Abendland habe die Pflicht, einzuschreiten. Der letzte Vortragende Dr. med. Iwan Bloch-Berlin legte seinen Ausführungen die nachfolgenden Thesen zugrunde: 1. Die sexuelle Frage ist als Kulturfrage heute eine internationale Frage geworden und kann nur durch die Solidarität aller Kulturvölker in einheitlichem Sinne gelöst werden. 2. Da die sexuelle Energie ein wichtiges und wesentliches Element der allgemeinen Kultur und des Fortschritts bildet, hat die Kulturmenscheit ein solidarisches Interesse an ihrem Schutze und ihrer Förderung. 3. Da der Begriff der „Kulturmenscheit“ durch die Heranziehung fast aller Rassen zur Kulturarbeit sich immer mehr erweitert, muß auch die nationale Sexualethik immer mehr einer allgemeinen kulturellen Sexualethik Platz machen. 4. So müssen auch die eminent praktischen Fragen der Rassenmischung, der Bekämpfung der Prostitution und der Geschlechtskrankheiten einzig und allein vom Standpunkt dieser „größeren“ Kulturmenscheit beurteilt werden.

Die anwesenden internationalen Delegierten der Vereinigung nahmen in der Diskussion das Wort. Frau Steenhoop-Stolzholm, Frau Heiberg-Norwegen, Frau Sohenterwart-Fraeils-Amsterdam erklärten, daß sie eintreten wollten für den realen und idealen Mutterschutz und für die sexuelle Solidarität der Kulturmenscheit. Mit herzlichen Dankesworten und nochmaliger Betonung der Internationalität der Bewegung schloß Dr. Helene Stöcker die Tagung. a. n.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. In Ostpreußen sprach die Unterzeichneter in Wehlau, Ponarth, Juditten, Königsberg, Tilsit, Memel, Schmelz, Pillau und Sufen. Die Versammlungen sollten namentlich der Organisierung und Auf-

klärung der Frauen dienen und waren gut besucht. Der Vortrag beantwortete die Frage: „Wer hilft uns aus Teuerung und Not?“ Wie zaghaft kamen doch in vielen ostpreussischen Orten die Frauen zur Versammlung! In Pillau wollte sogar von den zwei Besucherinnen unserer Veranstaltung die eine umkehren, „weil die Polizei da wäre“. Die Versammlung wurde übrigens mit einem unbefugten Eingreifen der Polizei eröffnet. Ich frug nämlich die zirka vierzig erschienenen Männer, wo denn ihre Frauen seien. Da erhielt ich zur Antwort: „De hewen Angst“. Darauf frug ich zurück: „Etwa vor den blanken Knöpfen oder dem Schutzmannsfäbel?“ Auf diese Äußerung hin forderte mich der überwachende Kommissar ziemlich nervös auf, „zur Sache zu sprechen“. Der Herr mußte von einem Königsberger Genossen und von mir über seine Machtbefugnisse unterrichtet werden. Die Versammlung in Königsberg ließ erkennen, wie fleißig und tapfer dort unsere Genossinnen in der Agitationsarbeit sind. Erwähnt sei auch, daß sie Sonntags in verschiedenen Stadtteilen mit den Kindern Spielzusammenkünfte veranstalteten, um den kirchlichen Sonntagsschulen entgegenzuwirken. Auf einer späteren Agitationstour lautete das Thema zweier Parteiversammlungen in Memel und Tilsit: „Die Frau im Kampfe um ihre Menschenrechte“. Während der Versammlung in Memel zu wünschen übrig ließ, war die Versammlung in Tilsit glänzend besucht. Im Auftrag des Fabrikarbeiterverbandes fanden Versammlungen statt in Ragnit und Tilsit über „Die Frauen im wirtschaftlichen Kampf“. Die Versammlungen waren gut besucht, und sie haben ihren Zweck voll auf erfüllt, die in den letzten Jahren so gut gediehene Organisation der Fabrikarbeiter nach innen zu stärken und besonders die Frauen in ihren Anschauungen zu festigen.

In Schlesien sprach die Unterzeichnete in Versammlungen, die vom Agitationsbezirk Langenbielau organisiert und geradezu mustergültig vorbereitet worden waren. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hatten alle guten Zuspruch, ja einige wiesen sogar Massenbesuch auf. Sehr geschickt unterstützte die Parteipresse diese Agitation. Im Wahlkreis Reichenbach-Neurode fanden Versammlungen statt in Schlegel, Neurode, Langenbielau, Peilau, Peterswaldau, Reichenbach und Weigelsdorf. In diesem Kreise haben viele kleine „Sparer“ die Segnungen der kapitalistischen Wirtschaft zu besten bekommen. Ein Bankrott hat sie um ihre sauer erworbenen und vom Rande abgesparten Groschen gebracht. Unter Tränen berichtete mir ein altes Mütterchen: „Bei unserer Eheschließung hatten wir ganze 12 Mk. Mit harter Arbeit haben wir unsere kleine Wirtschaft zusammengebracht. Unsere drei Kinder haben alle von Jugend auf mit anfangen müssen, damit es reichte. Und wie oft war es knapp! Alle unsere Spargroschen trugen wir auf diese Bank, und nun ist alles hin!“ Dieser Zusammenbruch macht für unsere Lehren Hunderte empfänglich, die früher nichts von ihnen wissen wollten. Im Wahlkreis Schweidnitz-Striegau agitierte ich in Leutmannsdorf, Ströbel, Lasan, Groß-Rosen, Hässlich, Streit, Pilzen, Pilgramshain, Striegau, Schweidnitz, Freiburg. In Freiburg war die Versammlung voll begeisterter Stimmung. Sie wurde von einer schon ergrauten Genossin geleitet und vom Frauenchor mit einem prächtigen Lied eröffnet. Von der Schweidnitzer Versammlung erklärte die bürgerliche Presse, das Referat sei „gehaltvoll und glänzend“ gewesen, die Wirkung „gewaltig“. In Hässlich war die Versammlung die erste, die im neuerbauten Gewerkschaftshaus stattfand. Hier gibt es 500 gewerkschaftlich organisierte Proletarier, 132 politisch und 200 genossenschaftlich organisierte. Diese Klassenbewußte Arbeiterschaft hat zum Bau ihres Hauses aus eigener Kraft 28 000 Mk. aufgebracht, mit einer Hypothek half der Steinarbeiterverband nach. Der Bau enthält einen schön ausgestatteten Versammlungsraum. Es ist das von großer Wichtigkeit, denn in Hässlich gehört die Saalabtreiberei zu den „geistigen Waffen“ unserer bürgerlichen Gegner. Hoffen wir, daß das Unternehmen sich kräftig entwickelt. Zauer, Rothenbach, Landeshut, Liebau, Volkenhain, Bohrauseifersdorf, Liebesdorf und Kudelsdorf waren die Orte im Wahlkreis Landeshut-Zauer-Volkenhain, die von der Agitation erfasst wurden. In allen Versammlungen der drei schlesischen Wahlkreise lautete die Tagesordnung: „Wer hilft uns aus Teuerung und Not?“ Aufwühlend und erschütternd war der Eindruck, den ich überall von den erbärmlichen Lebensverhältnissen empfing, unter denen hier das Proletariat existiert, von Gruben- und Textilbaronen ausgezogen. Greifbar trat vor die Augen, wie schlechte Ernährung und harte Fron im Verein zur körperlichen Verelendung des Textil- und Grubenproletariats führt. Das mußte mir besonders auffallen,

weil sich der Vergleich mit der Bevölkerung in Pommern aufdrängte. Hier große, kräftige, vollsaftige Gestalten, in Schlesien halbwüchsige, ausgemergelte Menschen. Viele Frauen konnte man nach ihrem Wuchse für Mädchen von 15 Jahren halten, die jungen Mädchen selbst aber gleichen oft schmalgesichtigen, bloßen Kindern mit dem Gesichtsausdruck Alter. Ist das ein Wunder, wenn man erfährt, wie hier das Volk lebt? Im bitter kalten Winter, früh vor 6 Uhr öffnen sich die Türen der Weberwohnungen, und heraus tritt der Mann, ihm folgt sein Weib. Was ist es für ein Bündel, das die Frau im Arme hält? In Tücher eingehüllt bringt sie ihr Jüngstes zur Ziehmutter, um dann, gespornt durch die Not, gleich dem Manne in die Fabrik zu eilen. „Die Frau gehört ins Haus“, höhnend ruft uns hier die Wirklichkeit dieses Wort zu. In Peterswaldau bezeugte ein Mann, daß er diese Woche mit 4 Mk. Verdienst nach Hause gegangen sei. Mißglückt ein Stück Gewebe, funktioniert der Webstuhl nicht, so muß der Weber durch den Lohnausfall dafür büßen, weil im Alford geschafft wird. Zu Hause müssen dann die großen Kinder die Sorge für die Kleinen übernehmen, neben Schulaufgaben die Hausarbeiten verrichten und zum Überflus noch mit verdienen helfen, indem ihnen meist das Garnspulen zufällt. Ist das Dasein dieser armen Lohnsklaven überhaupt noch ein menschenwürdiges Leben zu nennen? Vom profit hungerigen Kapitalismus auseinandergerissene Familien, erbärmliche, trostlose Wohnungen, Männer, Frauen und Kinder, die um einen Dissen Brot sich bis zur Erschöpfung abradern, das sind Widder aus Schlesien, die man nie wieder vergißt. Wie können die bürgerlichen Mehrheitsparteien je verantworten, daß sie durch ihre Zoll- und Steuerpolitik diesen Ärmsten die kärgliche Lebenshaltung immer mehr und mehr verteuern? Doch wer nie das Leben der Darbenden kostete, wer nie seinen Körper zermüht von hartem Mühen fühlte, wer nie wie manche Proletariermutter seinen Lieblingen mit wehem Herzen die Brotbissen zugählen mußte: dem fehlt meist der Sinn für das Sklaventum der schlesischen Proletarier. Ich war Zeuge, wie Vater, Mutter und neun Kinder um den Tisch geschart aus einer braunen Schüssel in Wasser eingeweichtes Brot aßen. Ich sah, wie schwere Bündel Garn und gewebte Stoffe von alten Leuten geschleppt wurden, die im wohlverdienten Lohnstuhl am warmen Ofen von harten Arbeitsjahren ausruhen sollten. Für diese Ausgebeuteten der Ausgebeuteten ist der Sozialismus ein fester Anker, an den sich ihr Menschentum klammert, um sich aus stumpfsinniger Hoffnungslosigkeit empor zum Lichte neuer Erkenntnisse und eines ziellaren Wollens zu retten.

Käthe Leu.

Vom 20. Mai bis 2. Juni fanden im Wahlkreis Neuß a. L. Versammlungen statt, in denen die Unterzeichnete über das Thema sprach: „Die Arbeiterfrau im Klassenstaat, ihre Rechte und Pflichten.“ Aus dem kleinen Lande, das insgesamt 73 000 Einwohner zählt, kann natürlich nicht von Riesenerfolgen der Agitation berichtet werden. Außer Greiz und allenfalls Zeulenroda waren es nur kleine Orte, in denen Versammlungen stattfanden. Und gerade in den beiden genannten größeren Orten war der Besuch ein schlechter, während die kleinen Dörfer ganz nette Teilnehmerzahlen aufgebracht hatten. In fast allen Versammlungen wurden Aufnahmen von weiblichen Parteimitgliedern gemacht, alles Textilarbeiterinnen, die von ihrem Verband die „Gleichheit“ erhalten. In Neuß a. L., das zum Vogtland gehört, haben die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse alle Ursache, sich der politischen und gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Ist doch das Vogtland mit Recht berüchtigt wegen der miserablen Löhne, mit denen Männer und Frauen in den Spinnereien, Webereien, Färbereien, Stidereifabriken usw. abgespeißt werden. Besonders die verheirateten Frauen, die des Lebens Not zur Doppelfron zwingt, leiden unter der Ungunst der Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft. Schmer hält es, diese Mühseligen und Beladenen mit Hoffnung zu erfüllen und als tätige Genossinnen für unsere große schöne Bewegung zu gewinnen. Kostloser und ausdauernder Agitation wird es gelingen, damit auch hier dem Sozialismus eine Schar von Kämpferinnen erschle, die opferfreudig und stolz dem Ziele zuschreitet. Elisabeth Böhl.

Aus den Organisationen. Die sozialdemokratische Frauengruppe in Heilbronn nahm im letzten Jahre einen großen Aufschwung. Die Mitgliederzahl ist von 81 auf 296 gestiegen, und ein Stamm zielbewußter Genossinnen entfaltet eine eifrige Tätigkeit, um immer mehr Proletarierinnen zu organisieren, die neugewonnenen Anhängerinnen zu fesseln und zu tüchtigen Mitarbeiterinnen zu schulen. Dem propagandistischen Zweck diente unter anderem auch der Familienabend der Gruppe, der in jeder Hinsicht ein schöner Erfolg war. Wochenlang vorher hatten die organisierten Frauen sich angelegen sein lassen, ein gutes Programm

zusammenzustellen und für den Besuch der Versammlung zu agitieren. Tausende Personen nahmen an ihr teil, meist Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Die treffliche Rede der Genossin Schrading-Neutlingen führte ihnen eindringlich zu Gemüte, weshalb die Frauen der werktätigen Masse in den ersten Reihen des Kampfes gegen die kapitalistische Ordnung und für den Sozialismus stehen müssen. Lebhaften Beifall wie diese Ausführungen fanden auch die Vorträge des Frauenchors Loreley, der vor einem Jahre von den organisierten Genossinnen gegründet worden ist und gegen 90 aktive Mitglieder zählt. Die Leistungen der übrigen Mitwirkenden wurden ebenfalls nach Verdienst gewürdigt. Alle wetteiferten, ihr Bestes zum Erfolg des Abends beizutragen. Dieser brachte der Frauengruppe nicht nur finanziellen Vorteil, sondern er erfüllte in reichem Maße den eigentlichen Zweck einer solchen Veranstaltung: er trug den Geist sozialistischer, brüderlicher und freiheitlicher Gesinnung in weitere Kreise der proletarischen Frauenwelt; er knüpfte das geistige Band fester, das die Genossinnen miteinander und mit der Partei verknüpft. A. Z.

Politische Rundschau.

Im Reichstag hat der Kampf um die Rüstungsverstärkung neues Leben gewonnen: die zweite Lesung der Vorlage setzte mit einem scharfen Vorstoß der Sozialdemokratie ein. Die Genossen Noske und Ledebour rückten in umfassenden und schlagenden Reden dem Militarismus energisch auf den Leib, und wenn auch die Generaldebatte nach dreitägiger Dauer geschlossen wurde, so ist damit der Weg zur einfachen Annahme der Einzelbestimmungen der Vorlage durch die bürgerlichen Parteien noch nicht frei. Die Sozialdemokratie hat einen ganzen Paden Anträge eingebracht. Sie betreffen die einjährige Dienstzeit, die Abschaffung der Garde, die Beseitigung des Wurschenwesens, die Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung und ihrer auherdienstlichen Betätigung für die Soldaten, Beseitigung des militärischen Lokalboykotts, Beförderung ohne Rücksicht auf die gesellschaftliche Stellung und Religionszugehörigkeit, Verbot der Verwendung des Militärs zu polizeilichen Zwecken im wirtschaftlichen und politischen Kampfe und als Streikbrecher, Abschaffung der Gesinnungsspißerei gegen die Rekruten, Beseitigung des strengen Arrestes und Straffreiheit der Soldaten, die sich auf der Stelle gegen Verleumdungen oder Körperverletzungen durch Vorgesetzte zur Wehr setzen. Diese Anträge müssen bei der Beratung der Vorlage erledigt werden, und sie werden unseren Genossen Gelegenheit geben, auf die faulen Stellen am Körper der Armee den Finger zu legen und die Volksfeindlichkeit des jetzigen Wehrsystems aufzudecken. Die bürgerlichen Parteien werden Farbe bekennen müssen, sie werden zu zeigen haben, ob sie dem Militarismus wenigstens einige Zugeständnisse an die Volksforderungen abringen wollen, da sie im Begriff sind, dem Volke eine neue schwere Rüstungslast aufzupacken. Daß die Regierung sich gegen die sozialdemokratischen Anträge wendet, steht fest; es ist aber nicht unnützlich, sie zu zwingen, das im Parlament, vor dem ganzen Volke zu tun. Jedenfalls geben die Anträge der Sozialdemokraten dem Kampfe gegen die Wehrvorlage neue Antriebe, und sie werden das Zhrige zur Aufklärung über das Wesen des Militarismus und der bürgerlichen Parteien beitragen. Und so können sie auch zur Welebung des Widerstandes der Massen gegen die Rüstungspolitik führen. Bisher hat es die sozialdemokratische Partei nicht verstanden, diesen Widerstand in einer Stärke auszulösen, wie sie die Bedeutung der Sache von der deutschen Arbeiterklasse erfordert und wie sie der Energie entsprochen hätte, mit der das französische Proletariat den Kampf gegen die Einführung der dreijährigen Dienstzeit führt.

Die bürgerlichen Parteien haben sich bei der Debatte nicht in allzuviel Unkosten gestürzt. Sie könnten ja alle im Grunde nur die Reden der Regierungsvertreter wiederholen, denn sie alle sind ja gewillt, zu bewilligen. Der einzige, im Verhältnis zu dem Umfang der Vorlage winzige Abstrich, den Zentrum und Fortschritt mit Hilfe der Sozialdemokratie zu machen gewagt haben, ist die Ablehnung der Hälfte der neugeforderten Kavallerieregimenter. Statt sechs soll die Armee „nur“ drei neue Kavallerieregimenter erhalten, was immer noch genau drei zu viel sind, da die Bedeutung der Reiterei im Zeitalter der Schnellfeuerkanonen, der Reptier- und Maschinengewehre, der Luftschiffe und Flugzeuge beständig zurückgeht. Täte die Aufstellung von mehr Reiterei in der Nähe der Grenzen wirklich not, so wäre dem außerdem durch Verlegung der Gardebavallerieregimenter dorthin am besten abgeholfen. Das alles wissen die Fortschrittler und die Zentrumsleute auch, aber sie wagten dieser Erkenntnis nur halb Folge zu geben;

drei neue Regimenter Reiter haben sie trotz ihrer Überzeugung von der Überflüssigkeit der kostspieligen Truppe bewilligt. Zu großen bemerkenswerten Reden fehlt den bürgerlichen Parteien bei dieser Sachlage jede Möglichkeit, zumal sie jetzt mehr als je durch die Deckungsfrage bedrückt sind. Der Kriegsminister hatte Mühe, die Hageldicht auf ihn niederfallenden Hiebe der Sozialdemokraten abzuwehren. Die Zusammenstellung der Sozialdemokratie mit Zuhältern und Dirnen, die er bei der Verteidigung des Militärboykotts in der Budgetkommission beliebt hatte, suchte er übrigens als ganz harmlos hinzustellen, jeder Gedanke an eine Verleumdung der Sozialdemokraten habe ihm gänzlich ferngelegen. Der Reichstanzler blieb den Verhandlungen der Volksvertretung in gewohnter Weise die meiste Zeit über fern. Am zweiten Tage der Generaldebatte aber kam er plötzlich in den Sitzungssaal geschneit, nicht um an den Verhandlungen wirklich teilzunehmen, sondern lediglich um den Parteien eine kurze, aber eindringliche Verwarnung zu erteilen. Die Herren Abgeordneten sollen bedenken, daß sie der Regierung bis zum 1. Juli die Pastete fertigzuliefern haben. Sonst könnten die neuen Truppenkörper nicht bis zum 1. Oktober aufgestellt werden, was angeblich zur Sicherung des Reiches unbedingt notwendig ist. Und weil die Wehrvorlage ohne Erledigung der Deckungsvorlage gefährdet erscheint, so sollen die Parteien sich schleunigst über die Deckung einigen. Sie sollen handeln, wie der Kanzler sagte, *kuh handeln*, wie die Sozialdemokraten durch Zwischenrufe erläuterten. Dann verschwand Bethmann wieder und überließ den bürgerlichen Parteien die Sorge, den Sinn seiner unbestimmten Wendungen über die Deckung herauszutüfteln. Wird die Regierung die Wehrvorlage gegebenenfalls auch ohne Deckung nehmen oder wird sie auch eine nicht sozialistenreine Deckung nicht verschmähen, das heißt eine von den Liberalen und Sozialdemokraten beschlossene Besitzsteuer? Eine Antwort auf diese und andere Fragen haben die bürgerlichen Parteien bis jetzt aus den dunklen Äußerungen des Reichstanzlers noch nicht herausgefunden — jede Seite liest heraus, was sie gesagt wissen möchte.

Zimmerhin ist die Mahnung des Kanzlers auf fruchtbaren Boden gefallen. Im Schweiße ihres Angesichtes haben die Führer des Zentrums, der Nationalliberalen und des Fortschritts an einem Deckungskompromiß gearbeitet. Und zwar soll das auch den Beifall der Konservativen finden, so daß die Sozialdemokratie ausgeschaltet wäre und eine sozialistenreine Deckungsmehrheit zustande käme. Zentrum und Konservative können erleichtert aufatmen, die Liberalen haben sie von der Gefahr des Zustandekommens der verhassten Erbschaftsteuer befreit, die mit Hilfe der Sozialdemokratie hätte geschaffen werden können. Für die Liberalen, wenn sie wirklich eine ehrliche Politik verfolgten, lag nicht die geringste Nötigung zu diesem Entgegenkommen an die reaktionären Parteien vor. Sie mußten dieses Deckungskompromiß vielmehr strikt ablehnen, wenn es ihnen darauf angekommen wäre, ihre seit 1909 mit so viel Geschrei vertretene Forderung einer ernstlichen Besitzsteuer durchzusetzen. Denn die Gelegenheit dazu war ihnen ja endlich gegeben. Die Mehrheit dafür ist da und die Möglichkeit, die Regierung zur Annahme zu zwingen. Aber — aber diese Mehrheit hat einen für tapfere Liberale sehr unangenehmen Schönheitsfehler. Sie ist nur mit der Sozialdemokratie zu bilden, und das Zusammenwirken mit der Umsturzpartei ist höchst bedenklich und kompromittierend. Also versucht der Liberalismus lieber mit den Mausemwarzern zu einer Verständigung zu kommen, und wenn er dabei auch die Besitzsteuer verzichten muß. Denn das Kompromiß, auf das hingearbeitet wird, sieht die Karikatur einer ernsthaften Besitzsteuer vor, die Vermögenszuwachssteuer. Durch diese wird nicht das Vermögen, sondern lediglich der Zuwachs zum Vermögen besteuert, die bislang angehäuften Schätze werden also freigelassen. Der Ertrag der Vermögenszuwachssteuer wird daher ein geringer und die Folge ihrer Einführung ein neuer Fehlbetrag in den Reichsfinanzen und schließlich die Notwendigkeit einer neuen Finanzreform sein. Diese wird aber dann, da ja die „Besitzsteuer“ den Besitz schon schwer genug drückt — wie die Besitzenden versichern werden —, auf indirekten Steuern aufgebaut werden, das heißt die Nahrungs- und Genussmittel der großen Masse und einzelne Gewerbe oder der Verkehr werden aufs neue belastet. Aber eine solche Gefahr drückt die Liberalen offenbar bedeutend geringer als die, an der Seite der Sozialdemokratie eine Erbschaftsteuer schaffen zu müssen. Das Kompromiß ist allerdings zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht niert- und nagelfest. Die Konservativen und ein Teil des Zentrums sollen sich noch sträuben und der Fortschritt soll auch noch ein paar Forderungen stellen. Der Ausgang der Verhandlungen läßt sich noch nicht voraussagen. Jedenfalls ist dem deutschen Liberalismus

ber Verrat an seiner eigenen Forderung, die Angst vor der eigenen Courage durchaus zuzutrauen. Die sächsische Regierung hat allerdings im „Dresdener Anzeiger“ offiziös erklären lassen, daß sie und andere Bundesstaatsregierungen die Vermögenszuwachssteuer rundweg ablehnen. Diese sei erstens eine Steuer, die einseitig die Industrie belaste, die Landwirtschaft aber frei lasse, weil bei letzterer der Vermögenszuwachs schwerer nachzuweisen ist, und zweitens falle sie in ein Gebiet, das den Einzelstaaten vorbehalten bleiben müsse. Aber über diesen Widerspruch im Bundesrat hofft die blauschwarz-liberale Koalition schon hinwegzukommen; sie rechnet damit, daß Bethmann schließlich zufrieden sein muß, wenn er nur die Deckung bekommt, ohne daß er erst lange nach ihrer Art fragen kann.

Den einmaligen Wehrbeitrag hat die Budgetkommission inzwischen fertiggestellt. Sie hat der allgemeinen Forderung nach Freilassung der kleineren Vermögen Rechnung tragen müssen. Um den Ausfall wieder gut zu machen, der durch diese Abänderung der Regierungsvorlage entstand, hat sie die Abgabe bei den größeren Vermögen erhöht und die Einkommen von 5000 Mk. an herangezogen. Diese Änderungen aber haben großes Lamento in den betroffenen Kreisen hervorgerufen; in der Unternehmerpresse besonders ist entrüsteter Widerspruch der opferwilligen Kapitalisten laut geworden. Die Regierung hat denn auch sofort Forderungen auf Milde rung der Kommissionsbeschlüsse im Sinne dieser Patrioten gestellt. Die „Opferwilligkeit“ der Besitzenden darf nicht dadurch geschmälert werden, daß man von ihr ernstlich Gebrauch macht.

In Ungarn ist der Gewaltpolitiker Lukacs über einen Skandalprozeß gestürzt. In diesem wurde ihm nachgewiesen, daß er die Staatskasse um mehrere Millionen betrogen hat, die er sich bei Erneuerung gewinnbringender Verträge von den beteiligten Banken in die Wahlkasse seiner Partei zahlen ließ. Sein Nachfolger im Ministerpräsidium ist Tisza, der starke Mann, der als Präsident des Reichstags die Opposition in der brutalsten Weise niedergestümpelt und das Parlament zu einer Polizeiwache gemacht hat. Die bürgerliche Opposition und die Sozialdemokraten haben dem Regiment dieses Gewaltmenschen Kampf bis zum äußersten angefaßt.

Auf dem Balkan sieht es noch immer sehr bedrohlich aus. Der Gegensatz zwischen Serbien und Griechenland einerseits und Bulgarien andererseits hat sich aufs schärfste zugespitzt. Vorerst hat allerdings eine drohende Mahnung Rußlands zur friedlichen Verständigung dem Ausbruch von Feindseligkeiten vorgebeugt, ohne aber den Zündstoff aus der Welt zu schaffen, der jederzeit zu einem Balkankrieg aufflammen kann. In der Türkei wüthten die liberalen wie die reaktionären Feinde der Jungtürken in wilder Weise — der Großwesir Mahmud Schewket Pascha, das Haupt der Regierung, ist in den Straßen Konstantinopels erschossen worden. Die Jungtürken haben sich zwar vorerst noch im Regiment behauptet und die Verschwörer durch Kugel und Blei und Inhaftierung unschädlich gemacht; doch steht ihre Herrschaft offenbar auf sehr unsicheren Grundlagern.

Churchill, der englische Marineminister, hat eine sehr lehrreiche Erläuterung gegeben, wie er die Einschränkung der Flottenrüstungen versteht, die er neulich in seinem Vorschlag eines Freijahres im Flottenbau empfahl. Die Regierung Kanadas hatte dem Parlament vorgeschlagen, drei Dreadnoughts zu bauen, die in den kanadischen Gewässern zur Verfügung des englischen Mutterlandes stehen sollten. Das kanadische Bundesparlament hat dieses Geschenk an England abgelehnt. Und nun erklärte Herr Churchill im englischen Unterhaus, daß England diesen Ausfall wettmachen müsse, indem es alsbald drei Großkampfschiffe mehr auf Stapel lege, als ursprünglich vorgesehen waren. Diese drei Schlachtschiffe werden aber dann natürlich in der Nordsee stationiert.

H. B.

Der Rundschau unserer letzten Nummer hatte die Redaktion einen Passus eingefügt, der die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kritisierte, unter anderem auch deswegen kritisierte, weil sie der sofortigen zweiten Lesung der Wehrvorlage zugestimmt hat. Da die Rundschau an uns abgeschickt worden war, ehe alles Material zur Beurteilung der Frage vorlag, konnte sie nichts darüber enthalten. Bis zum Erscheinen der Nr. 20 wäre aber zu lange Zeit verstrichen, und so waren wir gezwungen, den Beitrag in letzter Stunde selbst zu ergänzen, ohne daß vorher eine Verständigung mit unserem Rundschauher möglich gewesen wäre. Wir glauben die Ergänzung im Sinne unseres Mitarbeiters gehalten zu haben.

Genosse H. B. hält jedoch die Zustimmung der Reichstagsfraktion zur sofortigen zweiten Lesung für richtig.

Wir stellen also fest, daß der betreffende Satz die Meinung der Redaktion wiedergibt, eine Meinung, die unseres Dafürhaltens seither durch die Entwicklung der parlamentarischen Dinge noch stärker gerechtfertigt worden ist.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Ausschreitungen des Streikbrechergesindels nehmen dank der Duldung durch die Behörden nachgerade Formen an, die jeden Streikenden und Nichtstreikenden mit der Gefahr der Ermordung bedrohen. Es ist unmöglich, alle Apachenstreiche von Streikbrechern zu verzeichnen, die ohne viel Federlesens auf friedliche Streikende und wehrlose Passanten schossen oder einstachen. Sie wurden in den letzten Tagen gekrönt durch die Niedermeuchelung eines Streikenden. In Frauendorf bei Stettin sind seit einigen Wochen die Arbeiter und Arbeiterinnen einer Pichorienfabrik im Ausstand. Die Bewegung stand anfangs für die Streikenden günstig und verlief ruhig, bis der Unternehmer Hinkebrüder als Raufreißer heranzog. Erst durch das Auftreten dieser Bande wurden Verunruhigung und Aufregung in die Massen getragen. Nach Beendigung der Tagesarbeit sprach der streikende Arbeiter Küll den Streikbrecher Brandenburg an. Als Antwort zog dieser ein langes Brotmesser, mit dem er schon seit längerer Zeit ausgerüstet war und das er in den Weinkleidern unter der Weste versteckt hielt, und verfehlte dem ahnungslosen Küll einen tiefen Stich in den Unterleib. Der Gestochene brach lautlos zusammen. Der Morddube aber fuchtelte mit dem blutigen Messer umher und rief: „So, nun kann noch einer kommen!“ Dann suchte er Schutz vor den empörten Umstehenden bei den im Hausflur der Fabrik postierten Schutzleuten. Das Gerücht von der Mordtat verbreitete sich rasch unter der Bevölkerung, Männer, Frauen und Kinder sammelten sich vor der Fabrik an. Als die Menge hörte, daß der Mörder entflohen sein sollte, drängte sie gegen die Fabrik, drückte das Tor ein und zerbrach einige Fenster, hinter denen hohnlachende Streikbrecher auf die Draußenstehenden herabschauten. Ein Trupp Stettiner Polizisten war inzwischen angefahren und hieb nach einem Kommando des Wacht habenden auf die wehrlose Menschenmenge ein. Blindwütig schlugen die Polizeischergen auf fliehende Frauen- und Kinder mit dem Säbel ein. Bei seiner Einlieferung in das Krankenhaus war Küll dem tödlichen Stiche erlegen. Sein Mörder wurde unter dem Schutze der Polizei in einem Auto nach dem Stettiner Polizeirevier gebracht, nach kurzer Haft jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt. Das Gericht nimmt an, Brandenburg — ein übelbeleumundeter Kerl — habe in „Notwehr“ gehandelt. Gest in wehrloser Streikender ruhig auf einen Arbeitswilligen zu, so befindet sich dieser also in Notwehr und hat auch das Recht zu einem Totschlag. Wann würde aber je einem Ausständigen das Recht zur Notwehr zugesprochen, der sich gegen die Taktigkeiten von Streikbrechern zur Wehr setzt? Er darf es nicht einmal wagen, jene nützlichen Elemente auch nur „scheel anzusehen“ oder bei ihrem wahren Namen zu nennen. Gleich hat ihn die Staatsanwaltschaft am Stragen und allzeit bereite Zeugen unterstützen diese in ihrem Eifer, den um sein Brot kämpfenden Proletarier in den Kerker zu bringen.

Einzelne solcher Zeugen betreiben die Eidesleistung gegen Streikende fast geschäftsmäßig. Beim Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet traten für die Arbeitswilligen Eideshelfer auf, die gleich in Dutzenden von Prozessen die Streikenden durch ihre beschworenen Aussagen belästigten. Einem solchen Schwurzeugen wurde kürzlich in Halle a. S. das Handwerk gelegt. Aber erst, nachdem er auch anderen Leuten als Streikenden verhängnisvoll geworden war. Es war dies ein Maurermeister, der bei den letzten Bauarbeiterkämpfen in vielen Streikprozessen gegen eine große Anzahl Arbeiter als Belastungszeuge aufgetreten war. Durch seine Aussagen hat er viele Arbeiterfamilien unglücklich gemacht. Dieser Helfershelfer der Behörden und Unternehmer im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterschaft mußte sich wegen Meineid, Verleitung zum Meineid, Betrug und Urkundenfälschung vor dem Schwurgericht verantworten. Er hatte Frau und Tochter und weitere neun Personen in sein schmutziges Handwerk mitberwickelt. Um in den Besitz des Geldes anderer Leute zu gelangen, hatte er zahlreiche falsche eidesstattliche Versicherungen abgegeben und andere zu dem gleichen Tun verleitet. In der Beweisaufnahme wurde von Polizeibeamten hervorgehoben, daß dieser meineidige Schuft der Polizei als „achtbarer Mann“ gegolten habe, und daß er ihr stets zu allen Diensten gefällig gewesen sei. Er wurde zu sieben Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen verurteilt. Nach der Verurteilung suchte er seinem elenden Leben durch einen

Sturz aus dem Fenster des Gerichtsgebäudes ein Ende zu machen. Hätte ihn die Nemesis nicht bei den Betrügereien gegen gut bürgerliche Leute ereilt, so würde der ehemalige Streifbrevetier seine verdienstvolle Tätigkeit als Schwurzeuge gegen Ausständige gewiß noch lange fortgesetzt haben. Die Glaubwürdigkeit von Belastungszeugen gegen angebliche Streifkinder wird ja von den Gerichten nie in Zweifel gezogen. Nur Entlastungszeugen laufen in unserem Rechtsstaat Gefahr, wegen Meineid ins Zuchthaus zu kommen, zumal wenn sie selbst Streifende sind und ihre Aussagen den Schwüren jener Ehrenmänner widersprechen.

Im **Malergewerbe** sind die Differenzen immer noch nicht endgültig beigelegt. Einzelne Unternehmer wollen die Schiedssprüche durchaus nicht anerkennen. Der Unternehmerverband kann sonst nicht genug jammern über die Nichteinhaltung von Abmachungen durch die Arbeiter. In diesem Falle aber hat er nicht die Macht, die widerspenstigen Meister zur Pflichterfüllung zu bestimmen. Die Gehilfen und ihre Organisation müssen die Herren wohl erst lehren, daß Abmachungen dazu da sind, um eingehalten zu werden.

Bei der Aussperrung der Perlenmacher im Fichtelgebirge spielen die Christlichen die gleiche Verräterrolle wie in letzter Zeit bei anderen Streiks. Sie arbeiten zu den alten Bedingungen weiter, während ihre Arbeitsgenossen auf der Strafe liegen. Die Unternehmer verfolgen die Aussperrten und suchen es ihnen unmöglich zu machen, in anderen Betrieben ihr Brot zu erwerben. Als einige der Aussperrten im Forst Arbeit erhalten hatten, setzten es ihre bisherigen Ausbeuter durch, daß sie entlassen wurden.

In der elektrotechnischen Weltfirma von Robert Bosch in Stuttgart ist es zu einer Aussperrung gekommen. Die Firma stand in dem Rufe sozialen Verständnisses, denn sie hatte den achtstündigen Arbeitstag wie sonstige vernünftige Einrichtungen eingeführt, gegen die andere Unternehmer sich sträubten. Auch hatten ihre Arbeiter durchschnittlich höheren Verdienst als ihre Verursachungsgegner in anderen Betrieben der Art. Infolge einer Arbeitsteilung, die bis ins einzelne durchgeführt ist, und eines Schlemms aufreibender Akkordarbeit wurde jedoch in der kürzeren Arbeitszeit die Arbeitskraft bis aufs äußerste angepannt und ausgenutzt. Außerdem hatten technische Neuerungen stets Versuche im Gefolge, die Akkordlöhne herabzusetzen, worüber es zu unaufhörlichen Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterschaft und der Betriebsleitung kam. Der Verdienst der Arbeiterinnen wurde beschnitten, die beim Glimmerpalten beschäftigt sind. Früher hatten sie es im Akkord auf 23 Mk. in der Woche gebracht, ein Satz, der in Stuttgart leider nur von wenigen erwerbstätigen Proletarierinnen erreicht wird. Da die Akkordarbeit aber in diesem Falle den Anforderungen der Geschäftsleitung nicht entsprach, trat an ihre Stelle Zeitlohn, und der Wochenverdienst wurde auf 18 Mk. herabgesetzt. Das ist eine empfindliche Einbuße für die Arbeiterinnen und bei den teuren Lebensmittelpreisen in Stuttgart nicht ausreichend zum Unterhalt. Dieser harten, bitteren Tatsache hätte sich eine Firma am wenigsten verschließen dürfen, die Einsicht für die Interessen der Arbeiterschaft bekunden will. In letzter Zeit gesellten sich zu allem noch schlimme Schikanierungen und Entlassungen älterer Arbeiter und Maßregelungen von Vertrauensleuten des Metallarbeiterverbandes. So kam es zur Arbeitseinstellung in der Werkzeugabteilung, wo die Werkzeuge des Betriebes geschliffen werden. Nun sollte diese Arbeit in der Schleiferei geschehen. Selbstverständlich lehnten die dort beschäftigten Arbeiter dieses Ansinnen als Streikbruch ab. Damit war die Aufrechterhaltung des Betriebs unmöglich, die Firma beantwortete die Weigerung mit der Aussperrung. 3800 Arbeiter sind an dem Konflikt beteiligt, die fast vollzählig im Metallarbeiterverband organisiert sind, dessen starker Macht es hoffentlich gelingt, die Sache der Arbeiter wirksam zu verteidigen.

Bei den Renovierungsarbeiten der St. Josepfskirche in Köln a. Rh. offenbarte die katholische Kirche als Arbeitgeberin ihr soziales Herz. Der Bauunternehmer forderte die freiorganisierten Arbeiter auf, sich andere Arbeit zu suchen, Sozialdemokraten dürfe er an einem Kirchenbau nicht beschäftigen. Einem Vertreter des Verbandes gestand der Unternehmer, daß er auf Veranlassung des Kirchenvorstandes handle. Dieser Vorgang erregte unter den Kölner Arbeitern um so mehr Erbitterung, als Zehntausende freiorganisierter Arbeiter noch der katholischen Kirche angehören und Kirchensteuer bezahlen. Hoffentlich öffnet ihnen die christliche Handlungsweise des Kirchenvorstandes die Augen darüber, welche Rolle die Kirche in der Gesellschaft spielt: nämlich die einer Stütze der Ausbeutung. Möchten sie aus dieser Erkenntnis die richtige Schlussfolgerung ziehen! #

Aus der Textilarbeiterbewegung. Im Krefelder Färberstreik ist es der Polizei bereits gelungen, den bisherigen ruhigen Verlauf des Kampfes zu stören. Letztlich, nach Schluß einer von Tausenden besuchten Versammlung, provozierte sie blutige Zusammenstöße mit den Streikenden. In bekannter Absicht wurden die auf dem Heimweg befindlichen Arbeiter von den Polizisten aufgefordert, „schneller zu laufen“. Bei der großen Zahl von Menschen, die sich auf der Straße befand, war das überhaupt unmöglich, selbst wenn es notwendig gewesen wäre und die Arbeiter es gewollt hätten. Mit Stößen und Puffen half nun die Polizei nach. Genosse Köffel, Mitglied des Zentralvorstandes, suchte die Polizei zu beruhigen, wofür ihm diese mit rohen Anrempelungen dankte. Trotz des Verhaltens der Polizei schien die Sache friedlich auszugehen, die Massen hatten sich bereits zum großen Teil verlaufen, als plötzlich aus einem in der Nähe gelegenen bestreikten Färbereibetrieb noch eine neue starke Polizeitruppe heranrückte. Mit gezogenen Säbeln stürzte sich die Polizei jetzt auf die Arbeiter. Ein Färber, der einen Polizisten vom Schläge abhalten wollte, brach unter zehn Säbelhieben zusammen. Seine alte Mutter wollte ihn wegziehen, sie wurde ebenfalls von einem Polizisten blutig geschlagen. Als die alte Frau trotzdem nicht wich, um ihren Sohn vor weiteren Verwundungen zu schützen, packte sie ein anderer Polizist und schleuderte sie zur Erde. Der Vater des Verletzten, der herbeieilte, um Sohn und Frau vor den Mißhandlungen der Polizei zu schützen — ein alter Invalide von 66 Jahren — erhielt gleichfalls mehrere Säbelhiebe und wurde zu Boden geworfen. Eine Beschwerde beim Oberbürgermeister gegen dieses Wüten der Polizei war erfolglos. Die Beamten handeln den Vorschriften des Gesetzes entsprechend! Wer glaube, daß ihm unrecht geschehen, möge sich beschweren, dann würden die Gerichte entscheiden. Das war der zynische Bescheid des obersten Vertreters der Krefelder Bürgerschaft angesichts der blutigen Ungeheuerlichkeiten der Polizei.

Zum Streik selbst ist zu sagen, daß sich die Lage erheblich verschärft hat. Die Wirkungen des Kampfes erstrecken sich bereits weit über Krefeld und die Seidenfärberei hinaus. Weitere 550 Seidenfärber sind im Wuppertal, in Warmen-Elberfeld und in Ronsdorf ausständig geworden. In den Schweizer Färbereiorien Basel, Zürich, Thalwil, Grenchen streiken gegen 2000 Färber, da ihnen Streikarbeit für Krefeld zugemutet wurde. Die großen Gebiete der Seidenfärbereien, Krefeld und die Schweiz, sind nahezu vollständig lahmgelegt. In Como in Italien, wo ungefähr 1200 Seidenfärber beschäftigt sind, wird jede Überzeitarbeit verweigert. Von einer Einstellung der Arbeit in Como ist zurzeit abgesehen worden, da Streikarbeit dort nur in ganz verschwindendem Umfang gemacht werden kann. In der ganzen Lombardei sind nur 1700 Seidenfärber tätig, während die dortigen Seidenwebereien rund 60 000 Personen beschäftigen. Da wird die dortige Produktion ausschließlich für Italien selbst gebraucht. Die Brachlegung der Seidenfärbereien macht sich auch bereits bei deutschen Seidenwebereien fühlbar. In Offenbach bei Landau kann der Betrieb nicht mehr aufrechterhalten werden; in Waiblingen und Markgröningen in Württemberg müssen schon seit Wochen größere Scharen von Arbeitern ausgehen; beim Erscheinen dieser Zeilen dürften diese Betriebe ganz ruhen. Alles, was noch an Seide zurzeit gefärbt wird, geht einzig an die linksrheinischen Webereien. Das übrige Deutschland muß unter der Hartnäckigkeit der Krefelder Färbereionternehmer bitter leiden. In Basel, wo die Färber auch Lohnforderungen erhoben, hat am 11. Juni das gesetzliche Schiedsgericht gesprochen. Den Färbern wurde eine sofortige Lohnerhöhung von 5 Prozent zugebilligt. Am 1. August sollten dann weitere Verhandlungen unter Zugiehung von zwei Mann aus jedem Betrieb stattfinden, um die noch strittigen Fragen zu regeln. Der Schiedsspruch ist jedoch von beiden Parteien angefochten worden. In Warmen-Elberfeld schweben zurzeit noch Verhandlungen. Den Arbeitern ist dort ab 1. August 1 Mk. Lohnerhöhung zugesagt worden. Dieses Angebot kann sie aber nicht befriedigen, und daher werden die Verhandlungen weitergeführt. Von Warmer Unternehmern werden Versuche gemacht, die Verhandlungen gleichzeitig auf Krefeld mit auszudehnen. Die Krefelder Fabrikanten würden offenbar jetzt allem Anschein nach gern verhandeln. Doch sie haben sich in eine Sackgasse verrannt, indem sie den christlichen Führern bei der Proklamation des Streikbruchs wohl versprochen haben, keine weiteren Zugeständnisse an die Arbeiter zu machen. Das verräterische Treiben der christlichen Führer ist daher schuld daran, daß noch kein Ende des Kampfes in Krefeld abzusehen ist. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Seidenindustrie, die in anderen Orten jetzt wegen

Materialmangel arbeits- und brotlos werden, haben das einzig der niederträchtigen Handlungsweise der christlichen Organisation zu danken. Bei solidarischen Vorgehen aller Arbeiterorganisationen wäre aller Voraussicht nach der Streik schon längst zugunsten der Arbeiter entschieden. Das sollte für unsere Arbeitsbrüder und -schwestern, besonders in Süddeutschland, eine Warnung sein. Den Lockungen der christlichen Bauernfänger muß unter allen Umständen das Ohr der Arbeiter verschlossen bleiben, wenn sie ihre eigenen Interessen nicht auf das schwerste gefährden wollen.

Genossenschaftliche Rundschau.

Endlich ist das gemeinsame Werk der deutschen Konsumvereine und Gewerkschaften unter Dach und Fach gebracht: die „Volkspfürsorge“ wurde genehmigt. Die sozialdemokratische Tagespresse und die Gewerkschaftsblätter haben die Öffentlichkeit in den letzten Tagen ausführlich über die Art der einzelnen Versicherungsarten dieses Unternehmens unterrichtet. Es braucht deshalb hier nicht näher darauf eingegangen zu werden. Bemerkenswert sei nur, daß das neue von Arbeitern gegründete und verwaltete soziale Unternehmen sich sehr vorteilhaft zugunsten der Versicherten von privaten Volksversicherungen unterscheidet. Das ist ja gerade der Grund, warum die Versicherungsgesellschaften die in ihrem Solde stehende Presse in so unanständiger Weise über diese Schöpfung der modernen Arbeiterbewegung herfallen ließen. Die privaten Gesellschaften befürchten eine scharfe Konkurrenz und damit eine Beschränkung mühseligen Gewinns, den sie in Form hoher Versicherungsprämien und sonstiger ihnen günstigen Einrichtungen den breiten Massen des Volkes abnehmen konnten. Es ist nur zu wünschen, daß die „Volkspfürsorge“ in dieser Hinsicht zu halten imstande ist, was sie verspricht. Das wird freilich von den Arbeitern selbst wesentlich mit abhängen. Wenn sie das neue Unternehmen durch Massenbeitritt beziehungsweise -versicherung unterstützen, dann muß die „Volkspfürsorge“ die bedeutendste Einrichtung dieser Art werden. Und je stärker die Beteiligung ist, desto größer werden auch die Vorteile sein können, die dem einzelnen aus dieser Selbstversicherung zufließen. Darauf möchten wir ganz besonders auch die Genossinnen, die Arbeiterfrauen hinweisen. Ihre Einsicht und Sympathie für die Sache ist von großer Bedeutung für deren günstige Entwicklung. Die Organisation der nötigen Kleinarbeit haben an allen in Betracht kommenden Orten die Gewerkschaften übernommen, während die örtliche Verwaltung von den Konsumvereinen besorgt wird. Die „Volkspfürsorge“ ist materiell den privaten Versicherungen gegenüber von vornherein insofern im Vorteil, als sie nicht mit den enorm hohen Spesen bei der Werbung von Versicherungsmitgliedern zu rechnen braucht. Da kommen ihr die gewerkschaftlichen Organisationseinrichtungen sehr zustatten. Wir können den Arbeitern und ihren Frauen nur empfehlen, diese gewerkschaftliche Werbearbeit — ein immerhin schwieriges Stück Kleinarbeit — nach Kräften zu unterstützen. Alle Agenten der privaten Versicherungen, die sich jetzt erst recht bemühen, uns das Feld abzugraben, müssen rücksichtslos abgewiesen werden. Die zweckmäßigste und vorteilhafteste Volksversicherung haben nun die organisierten Arbeiter in eigenen Händen.

Eine kräftige Abfuhr ist den Mittelstandsrettern in Sachsen in ihrer struppelosen Hege gegen die genossenschaftliche Organisation des Konsums zuteil geworden. Der Verein der Kaufleute in Dresden hatte sich mit einer Beschwerde an die Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen gewendet, die sich gegen den Konsumverein der Eisenbahnangestellten richtete. Die Beschwerde gipfelte in der lähnen Behauptung, die Konsumvereinsorganisation der Eisenbahner sei unmoralisch und deshalb zu verbieten. Auf dieses dreiste Verlangen hat der Generaldirektor kurz und bündig geantwortet, daß „den Staatseisenbahnbediensteten ebenso wie jedem anderen Staatsbürger das Recht zusteht, sich zur möglichst wohlfeilen Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse zusammenzuschließen“. Es sei ihrem Konsumverein gegenüber aus diesem Grunde völlige Neutralität zu beobachten. Das war die einzig richtige Antwort auf das anmaßende Gebaren einer Handvoll Krämer, und es ist nur zu wünschen, daß sich andere Staats- und Gemeindebehörden im gegebenen Falle ein Beispiel an dem Verhalten der sächsischen Eisenbahndirektion nehmen. Leider finden die Konsumvereinsfeinde dort häufig mehr Gehör, als sie verdienen.

Wie blindwütig die Mittelständler den Kampf gegen die Konsumvereine führen, zeigt ein anderer Fall, der aus Leipzig gemeldet wird. Dort hat die sogenannte Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe eine Eingabe an die Stadtverordneten ge-

richtet, in der kategorisch die umgehende Einführung einer Umsatzsteuer gefordert wird. Die Eingabe verlangt ausdrücklich, daß die Stadtverordneten innerhalb vier Wochen einen entsprechenden Antrag beim Stadtrat stellen sollten. Die Leipziger Mittelständler haben sich aber mit ihrem unverfälschten Vorgehen fürchterlich blamiert. Denn nach dem neuen sächsischen Gemeindesteuergesetz und nach einer Verordnung der Regierung dürfen in Sachsen rohe Umsatzsteuern überhaupt nicht mehr eingeführt werden. Die Herren Schutzgemeinschaftler müssen schöne politische Schlafmützen sein, wenn sie nicht einmal über die gesetzlichen Bestimmungen unterrichtet sind, die sie am nächsten angehen. Sie drohen übrigens mit den „höheren Instanzen“, falls sich die Leipziger Stadtväter nicht willfährig zeigen sollten. Für den Spott brauchen die Herren natürlich nicht zu sorgen.

Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg kann für das Jahr 1912 eine starke Aufwärtsentwicklung verzeichnen. Er hat aber auch ein Jahr starken Kampfes mit gegnerischen Mächten hinter sich. Man glaubt auch in Hamburg mit ungerechten Steuern der genossenschaftlichen Bewegung Abbruch tun zu können. Die beste Antwort auf diese Politik ist damit gegeben worden, daß die Zahl der Mitglieder der Genossenschaft vom 1. Januar bis 31. Dezember 1912 von 57 930 auf 67 191 stieg. Das ist eine Zunahme von 9261 Mitgliedern in einem Jahre! Auch der Warenumsatz ist riesig gewachsen, und zwar von rund 16½ auf 21½ Millionen Mark. Ein Uebelstand der Genossenschaft ist die verhältnismäßig große Zahl der Mitglieder, die in der Genossenschaft nicht kaufen. Die Zahl der Nichtkäufer betrug 1899 38 Prozent, 1912 immer noch 35 Prozent, am höchsten war sie 1905 mit 43 Prozent. Der Jahresbericht stellt aber fest, daß sich dieser ungünstige Zustand in neuester Zeit sehr bessert. Es wird damit erklärt, daß dem Verein viele Mitglieder aus rein idealem Interesse angehören. Eine genügende Erklärung ist das freilich nicht. Im übrigen gilt der Bericht eine sehr gute Orientierung über die einzelnen Betriebe der Genossenschaft. Daß sie neuerdings ein großes Gut erworben hat und Feld- und Viehwirtschaft betreibt, berichteten wir bereits früher. Die „Produktion“ hatte versucht, der gegen sie gerichteten neuen Steuer durch eine formelle Änderung des Betriebes zu entgehen. Es wurde eine Handelsgesellschaft gegründet, die den Vertrieb der Waren der „Produktion“ besorgt. Der Steuerprozeß, der daraufhin von der Behörde provoziert wurde, ist jetzt in letzter Instanz vom Reichsgericht zuungunsten der Genossenschaft entschieden worden. Die Änderung ihrer Form hat also nichts genützt. II. F.

Notizenteil. Dienstbotenfrage.

Das Mietgeld spielt im Dienstverhältnis zwischen dem „Dienstboten“ und der „Dienstherrschaft“ eine große Rolle. Dieses Mietgeld ist eine uralte Einrichtung — früher sagte man Gottespfennig, Gottesgeld, später „Arrha“, Mietauer, Pöngel, Draufgabe, neuerdings auch Landgeld — und kommt als eine Eigentümlichkeit des Gesindeverhältnisses schon allgemein in den frühesten Gesindeordnungen vor. Wie sich die Gesindeordnungen selbst auch in ihren rassistischsten Bestimmungen bis zur Gegenwart erhalten haben, so auch das Mietgeld. Hier tritt ganz besonders das Dichtertwort zu, daß sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit forterben.

Unter Mietgeld versteht man den Geldbetrag — in der Regel 3 Mk. —, den die Dienstherrschaft dem sich bei ihr vermittelnden Dienstboten als Zeichen dafür gibt, daß der Dienstvertrag bestimmt abgeschlossen ist. Im allgemeinen ist für den Dienstvertrag — genau so wie für den gewerblichen Arbeitsvertrag — eine bestimmte Form nicht vorgeschrieben. So sagt zum Beispiel § 22 der altpreussischen und § 8 der Rheinischen Gesindeordnung: „Zur Annehmung des gemeinen Gesindes bedarf es keines schriftlichen Vertrags.“ Früher bestimmten aber in Preußen das Allgemeine Landrecht und in den übrigen Einzelstaaten die entsprechenden Gesetzbücher, daß jeder Vertrag, dessen Gegenstand einen bestimmten Wert übersteigt — in Preußen 150 Mk. —, schriftlich abgeschlossen werden müßte. Um nun mit diesen Bestimmungen des bürgerlichen Rechtes nicht in Widerspruch zu geraten, bestimmten die Gesindeordnungen (zum Beispiel § 23 der altpreussischen): „Die Werbung und Annehmung des Mietgeldes vertritt die Stelle des Vertrags.“ Die Sachlage war also folgende: Beliefen sich die Dienstbezüge des Dienstboten zum Beispiel in Preußen auf nicht mehr als 150 Mk., so war für das Zustandekommen des Vertrags weder schriftliche Abfassung noch Zahlung des Mietgeldes erforder-

lich. Überstiegen aber die Dienstbezüge an Geld oder Geldeswert den Betrag von 150 Mk., so war der Dienstvertrag nur gültig, wenn er schriftlich abgeschlossen oder wenn beim mündlichen Abschluß ein Mietgeld bezahlt worden war. Das an die Stelle der einzelstaatlichen bürgerlichen Gesetzbücher und in Preußen an die Stelle des Allgemeinen Landrechts getretene Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich führte für Verträge (von Ausnahmen abgesehen) die Formfreiheit ein. Es bedurfte damit auch für den Abschluß der Dienstverträge, und wenn sie eine noch so hohe Vergütung vorsahen, nicht mehr der Schriftlichkeit oder des Mietgeldes. Das Bürgerliche Gesetzbuch steht ja als Reichsrecht über den Gesindeordnungen, die nur Landesrecht darstellen. Das preussische Kammergericht (Wand 26, C, S. 79) entschied ausdrücklich, daß durch die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches der oben angeführte § 23 der altpreussischen Gesindeordnung aufgehoben sei. Das Geben und Nehmen eines Mietgeldes hat daher keine rechtliche Bedeutung mehr. Die mündlich getroffene Vereinbarung gilt also, wenn sie unzweifelhaft feststeht, auf alle Fälle. Wenn freilich in manchen Einzelfällen nicht feststeht, was bestimmt vereinbart worden ist — leider spricht man sich bei den einschlägigen Verhandlungen nicht immer mit der nötigen Klarheit aus —, so kann das gegebene und angenommene Mietgeld doch eine Rolle spielen. Es wird in solchen Zweifelsfällen als Beweis dafür herangezogen werden können, daß der Vertrag bestimmt abgeschlossen wurde. Insofern hat es noch eine, wenn auch nebensächliche Bedeutung. Es kommt hier auch § 336 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Betracht, der ausdrücklich sagt: „Wird bei Eingehung eines Vertrags etwas als Draufgabe gegeben, so gilt dies als Zeichen des Abschlusses des Vertrags.“

Das Geben von Mietgeld ist fast allgemein üblich geblieben. Einige Kommentatoren des Gesinderechts, zum Beispiel Erhard in der Gütentagschen Sammlung, empfehlen sogar ausdrücklich das Geben des Mietgeldes. Es ist deshalb notwendig, noch einiges über die Einrichtung zu sagen. Da ist zunächst bemerkenswert — wie schon aus dem Vorstehenden hervorgeht —, daß die Höhe des Mietgeldes nebensächlich ist. § 24 der altpreussischen Gesindeordnung, deren Geltungsbereich der weiteste in Deutschland ist, erklärt, daß die Höhe des Mietgeldes von freier Übereinkunft zwischen der Herrschaft und dem Gesinde abhängt. Ist der Dienstvertrag bestimmt abgeschlossen worden, so gilt das Mietgeld nicht als eine Art „Neugeld“. Der Diensthote kann sich nicht durch Rückgabe des Geldes, die Herrschaft nicht durch Verzicht darauf von dem Vertrag frei machen — es sei denn im Ausnahmefall, daß dies vorher ausdrücklich vereinbart worden ist. Will zum Beispiel die Herrschaft den einmal abgeschlossenen Dienstvertrag nachträglich aufheben und den Diensthoten nicht einstellen, so verfällt nicht nur das Mietgeld an den Diensthoten, sondern dieser hat Anspruch auf Ersatz des gesamten Schadens, wie Gewährung von Kostgeld und Lohn, bis er eine andere Stelle gefunden hat.

Da das Mietgeld keine gesetzliche Einrichtung ist, hat es auch nicht etwa die Eigenschaften eines Geschenkes. Es sei denn, es wird dies ausdrücklich gesagt. § 25 der altpreussischen Gesindeordnung sagt: „Das Mietgeld wird der Regel nach auf den Lohn aufgerechnet, insofern ein anderes bei der Vermietung nicht ausdrücklich ausbedungen wird.“ Und § 337 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt: „Die Draufgabe ist im Zweifel auf die von dem Geber geschuldete Leistung anzurechnen.“ Strittig ist oft die Frage, ob das Mietgeld zu jeder beliebigen Zeit vom Lohne abgezogen werden kann, also auch dann, wenn der Diensthote schon viele Monate sich bei der Herrschaft befindet. Hier entscheiden die Gerichte dahin: „Hat die Herrschaft bei der ersten Lohnzahlung das Mietgeld nicht abgezogen, dann hat sie überhaupt darauf verzichtet und darf es auch später nicht abziehen.“ Aber auch hier kennt das Gesinderecht wieder Ausnahmen. Die altpreussische Gesindeordnung bestimmt zum Beispiel in § 26: „Auch da, wo die Herrschaft sich der Abrechnung des Mietgeldes durch ausdrückliche Verabredung begeben hat, ist sie dennoch dazu berechtigt, wenn das Gesinde aus eigener Schuld die verabredete Dienstzeit nicht aushält.“ Diese widerspruchsvolle Bestimmung ist eine der kleinen Schönheiten des Gesinderechts. Die Herrschaft braucht also ein einmal gegebenes Versprechen nicht einzuhalten. Unter „verabredeter Dienstzeit“ ist die Zeit zu verstehen, auf welche das Dienstverhältnis erstmalig abgeschlossen worden ist — vielfach ein Jahr. Ist eine solche bestimmte Zeit nicht vereinbart, so wird man sagen müssen, daß an Stelle der verabredeten Dienstzeit jene zu treten hat, innerhalb deren der Diensthote das Dienstverhältnis unter Einhaltung der Kündigungsfrist verlassen kann. Jene Bestimmung ist auch nur anwendbar, wenn der Diensthote aus eigener Schuld die verabredete Dienstzeit nicht aushält. Ein Diensthote, der berech-

tigtweise infolge ungesetzlichen Verhaltens der Herrschaft vorzeitig den Dienst verläßt, handelt nicht schuldhaft.

Hat sich ein Diensthote bei mehreren Herrschaften zugleich vermietet, so gebührt (nach der Preussischen und Rheinischen Gesindeordnung) derjenigen der Vorzug, von der er das Mietgeld zuerst angenommen hat. Auch nach dem bürgerlichen Rechte hat in diesem Falle der erste Mieter den rechtlichen Anspruch auf Erfüllung des Vertrags. Die Herrschaft, welche nachsteht muß oder sich ihres Anspruches freiwillig begibt, kann das Mietgeld von dem Diensthoten zurückfordern. Die Herrschaft, bei der der Diensthote bleibt, muß nach der Preussischen und Rheinischen Gesindeordnung auf Verlangen der anderen Herrschaft das Mietgeld — wie auch sonstigen Schadenersatz — vom Lohne des Diensthoten abziehen und der anderen Herrschaft zustellen. Außerdem muß der Diensthote, „der sich solchergestalt an mehrere Herrschaften zugleich vermietet hat, den einfachen Betrag des von der zweiten und folgenden erhaltenen Mietgeldes als Strafe zur Armentasse des Ortes entrichten“. Diese Einrichtung soll auch heute noch gelten! Auch diese kleine Studie über das Mietgeld zeigt, wie dringend die Abschaffung des Gesinderechts ist. F. K.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens.

Die Fabrikarbeit der Frauen im Staate New York ist umfangreich. 293 637 Frauen arbeiten dort in Fabriken, und ihr Durchschnittslohn beträgt 6 Dollar 54 Cents pro Woche. Der Senat hatte eine Kommission zur Untersuchung der Fabriken im Staate New York eingesetzt, und sie hat diese Zahlen veröffentlicht. Die Kommission berichtet ferner von zahlreichen Übertretungen der Arbeiterinnenschutzgesetze und weist darauf hin, daß in vielen Fabriken Frauen bei übermäßig langer Arbeitszeit, oft sogar ganze Nächte hindurch die schwerste körperliche Arbeit verrichten.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Ein Wandermuseum für Säuglingspflege. Der Direktor des eidgenössischen Gesundheitsamtes in Bern hat die Errichtung eines Wandermuseums für Säuglingspflege beantragt. Es soll sofort geschaffen und bereits im nächsten Jahre auf der großen schweizerischen Landesausstellung in Bern dem Publikum zugänglich gemacht werden. Die Kosten der Einrichtung werden von dem Stiftungsrat für die Jugend aufgebracht. Der Direktor des Gesundheitsamtes hofft in ihr eine wirksame Waffe für die Bekämpfung der Tuberkulose unter den Kindern zu gewinnen. H. W.

Frauenbewegung.

Die Bescheidenheit der liberalen Frauenrechtlerinnen wird durch die Beschlüsse sowie Veranstaltungen in Köln und Eberfeld beleuchtet. In Köln fand ein rheinischer Frauentag der nationalliberalen Partei statt, der nicht wagte, das Eintreten der „Fraktion Drehscheibe“ für die volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zu verlangen. Die tagenden Damen begnügten sich vielmehr, in einer einstimmig angenommenen Resolution den Zentralvorstand aufzufordern, die nachstehenden Forderungen zu solchen der nationalliberalen Partei zu machen:

1. Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an die im Erwerbsleben stehenden Frauen zu den Berufsvertretungen (Handelskammern, Kaufmannsgerichte, Angestelltenvertretung usw.);
2. Zulassung von Frauen als stimmberechtigte Mitglieder zu städtischen Kommissionen und Deputationen; Verwendung der Frauen bei der Wohnungsinspektion, der Polizei, der Schulgesundheitspflege;
3. Recht der Frauen, im Geltungsbezirk der rheinischen Landgemeindeordnung ihr Wahlrecht selbständig auszuüben;
4. Zulassung der Frauen als Schöffen bei den Jugendgerichten;
5. Zulassung des gemeinsamen Mittelschulunterrichtes für Knaben und Mädchen an Orten, in denen die letzteren sonst keine Gelegenheit haben, sich zur Reifeprüfung vorzubereiten.

Die Forderung des Frauenwahlrechts zu den gesetzgebenden Körperschaften sucht man vergebens in diesem Wunschzettel, ja sogar die des Gemeindevahlrechts fehlt. Die Kölner Resolution ist später auch von dem Eberfelder Vertretertag für die Rheinprovinz nahezu einstimmig angenommen worden. Bedeutsamer als die aufgestellten Forderungen ist die sich durchziehende Erkenntnis, daß die nationalliberalen Frauenrechtlerinnen in der nationalliberalen Partei politisch mit den Männern zusammenarbeiten müssen. Fast allgemein wurde diese Mitarbeit als der sicherste Weg bezeichnet, die Nationalliberalen zur Vertretung der Frauenforderungen zu veranlassen. Wo besondere nationalliberale

Frauengruppen bestehen, das wurde betont, dürfen sie keinesfalls als besondere selbständige Organisationen wirken, vielmehr nur als Glieder des Gesamtvereins. Unter allen Umständen müsse den Frauen die Mitarbeit im Vorstand der nationalliberalen Partei gewährt werden. Auch die an der Tagung teilnehmenden Parteiführer anerkannten die Forderung als berechtigt, daß die Frauen eine Vertretung im Parteivorstand haben müßten. Die bürgerliche Frauenbewegung wird in steigendem Maße politisch. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen und die bürgerlichen Parteien werden allmählich, aber unaufhaltsam auf den gleichen Weg gedrängt, den die Sozialistinnen und die Sozialdemokratie seit langen Jahren zielbewußt eingeschlagen haben.

Frauenstimmrecht.

Die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts in Norwegen ist — wie uns das Telegramm am Kopfe der heutigen Nummer mitteilt — vom Storting einstimmig und ohne Debatte beschlossen worden. Ein demokratisches Wahlrecht soll also nun auch für das weibliche Geschlecht das bisher geltende beschränkte Wahlrecht ablösen. Zudem die Frauen ohne Unterschied des Besitzes, und der Steuerleistung als Staatsbürgerinnen untereinander gleichgestellt werden, erlangen sie auch bei den Legislativwahlen gleiches aktives und passives Recht mit den Männern. Für das Stimmrecht und die Wahlberechtigung beider Geschlechter gelten genau die gleichen Bestimmungen. Durch die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts wird die Zahl der politischen Wählerinnen in Norwegen nahezu verdoppelt, sie steigt um rund 225 000. Natürlich sind es überwiegend Frauen des arbeitenden Volkes — Arbeiterfrauen, Arbeiterinnen, Kleinbäuerinnen und andere mehr —, die nun ebenfalls die politische Gleichberechtigung erlangen. Daß in Norwegen das beschränkte Frauenwahlrecht so bald zum allgemeinen erweitert werden mußte, ist zum großen Teil das Verdienst der rührigen Agitation, die die sozialdemokratische Arbeiterpartei entfaltet hat, eine Agitation, deren treibende Kraft der dieser angegliederte Frauenverband war. Aber der Beschluß des Stortings ist auch ein nicht minder ehrenvoller Beweis für eine fest verwurzelte demokratische Gesinnung des ganzen Volkes, für klare Einsicht in die gewandelten gesellschaftlichen Verhältnisse und hohen Gerechtigkeitsinn. Die kapitalistische Entwicklung ist in Norwegen noch nicht so weit fortgeschritten, daß ihre sozialen Folgen alle Tugenden einer kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Demokratie vernichtet hätten.

Der jetzige Stand der Frauenwahlrechtsfrage in den Vereinigten Staaten. Nach einer kürzlich veröffentlichten Übersicht ist in der nordamerikanischen Union das politische Frauenwahlrecht in diesen neun Staaten und einem Territorium eingeführt: Wyoming, Colorado, Utah, Idaho, Washington, Kalifornien, Oregon, Kansas, Arizona und Alaska (Territorium). In fünf Staaten haben bereits Abgeordnetenhaus und Senat sich für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts erklärt, und die vorgeschriebene allgemeine Volksabstimmung wird 1914 über die entsprechende Verfassungsänderung entscheiden. Es sind das: Montana, Nevada, Norddakota, Süddakota und Wisconsin. Anträge zur Einführung des Frauenwahlrechts sind außerdem von beiden gesetzgebenden Körperschaften in vier weiteren Staaten angenommen worden und müssen nun zunächst der Volksabstimmung und 1914, 1915 und 1916 den aus Neuwahlen hervorgegangenen Staatsparlamenten unterbreitet werden. Dies ist der Fall in Iowa, New Jersey, New York und Pennsylvania. In Illinois liegen die Dinge noch günstiger. Hier hat — wie wir bereits mitteilten — sich der Senat mit 29 gegen 15 Stimmen für das politische Recht beider Geschlechter erklärt, das nicht nur das legislative Wahlrecht in sich begreift, sondern auch das Recht zur Wahl des Präsidenten und vieler staatlicher und kommunaler Beamten, so der Bürgermeister, Aufsichtsräte für das Sanitätswesen, Mitglieder der Appellationsgerichte usw. Bei der beschlossenen Neuerung handelt es sich nicht um eine Abänderung der Verfassung des Staates. Daher bedarf es nur der Zustimmung des Abgeordnetenhauses und des Gouverneurs, damit der Beschluß Gesetzeskraft erlangt.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Die Zulassung von Frauen in die Schweizer Schulbehörden erfolgt auf Grund der kantonalen Verfassungen und ist meist in den Erziehungsgesetzen noch besonders vorgesehen. Es existiert in keinem Kanton ein Gesetz, das den Frauen die Mitgliedschaft in einer Schulbehörde ausdrücklich verweigert. Einige Kantone wählen

bereits seit Jahren weibliche Mitglieder in ihre Schulbehörden, und in vielen Schweizer Städten sind besondere Frauenkommissionen ernannt, deren Aufsicht die Handarbeits-, Haushaltungs- und Frauenarbeitschulen unterstellt sind. Der Kanton Basel Stadt hat in einem Nachtrag zu seinem Schulgesetz vom Jahre 1903 bestimmt, daß den Inspektionen der Mädchenprimar-, der Mädchensekundar- und der Töchterschule je drei Mitglieder weiblichen Geschlechts angehören müssen — neben vier beziehungsweise sechs männlichen Mitgliedern. Im Kanton Genf gehören der kantonalen Schulkommission seit ihrem Bestehen Frauen an, die als Vertreterinnen der verschiedenen Mädchenschulen und der Mütter gewählt worden sind. Gegenwärtig zählt die Genfer Schulkommission unter ihren 31 Mitgliedern fünf Frauen. Der Kanton Luzern hat 1898 beschlossen, daß für die Töchterschulen besondere Schulpflegen bestellt werden sollen, in die auch Frauen gewählt werden können. Die Sitzungen des Schulwesens der Stadtgemeinde Luzern bestimmen ausdrücklich: „In die Schulpflege können auch Frauen gewählt werden.“ Das Erziehungsgesetz des Kantons Waadt ist 1906 durch eine Bestimmung ergänzt worden, die dem weiblichen Geschlecht die Mitgliedschaft in den Schulbehörden einräumt. Der Schulbehörde der Kantonshauptstadt Lausanne gehören bereits eine Anzahl Frauen an. Der Kanton Zürich hat erst im letzten Jahre eine Gesetzesbestimmung angenommen, die den Frauen die Wählbarkeit in die Schulbehörden verleiht. Die Stadt Zürich besitz, wie in Nr. 18 der „Gleichheit“ bereits berichtet wurde, seit der ersten Maiwoche dieses Jahres siebzehn weibliche Schulpfleger. In den Kantonen Bern und St. Gallen harren zurzeit Eingaben an die dortigen Regierungen der Erledigung, die die Wählbarkeit der Frauen in die Schulbehörden verlangen.

H. W.

Verschiedenes.

Berechamkeit und Schwestern. Mit ehrfurchtsvoller Nührung, eine blinkende Träne der Unterthanentreue im Auge, berichten bürgerliche Blätter über diesen Beweis allerhöchster Huld für simple Arbeiterinnen: „Die Näherinnen der schlesischen Spinnereien zu Hirschberg — mehr als hundert — die an dem Brautscheier und dem Brauttaschentuch der Prinzessin Viktoria Luise monatelang gearbeitet haben, erhielten von der Kaiserin ein Bild des Brautpaares zum Andenken.“ In der ganzen bürgerlichen Presse sucht man dagegen vergebens eine Zeile, wie hoch die mehr als hundert Näherinnen für ihre monatelange mühselige Arbeit entlohnt worden sind. Die namentliche Presse hat Nummer für Nummer die Unterröcke, Sonnenschirme, Koffer usw. der Hohenzollernbraut mit dem gleichen Interesse und derselben Dreispurigkeit behandelt wie etwa die Beratungen der Votschafter in London über den Frieden zwischen der Türkei und den Balkanstaaten. Warum so schweigsam über den unangreifbarsten Beweis allerhöchsten Verständnisses für die Lage der Näherinnen? Das Bild des fürstlichen Brautpaares mag ja das lobale Herz manch einer Spinnenarbeiterin erfreuen, leider aber macht es den Magen keiner einzigen von ihnen satt. Der bleibt ein ganz plebejischer, proletarischer Gesell:

„Im hungigen Magen Eingang finden
Nur Suppenlogik mit Anödelgründen,
Nur Argumente von Rinderbraten,
Begleitet mit Göttinger Wurzsitaten.“

Daher die ganz profanische, gewöhnliche Frage: Wieviel haben die Hirschberger Spinnnäherinnen verdient, die der allerhöchsten Ehre gewürdigt worden sind, Brautscheier und Brauttaschentuch der Prinzessin anfertigen zu dürfen? U. N. W. G.

Die Ortsgruppe Hamburg des Zentralverbandes der Hausangestellten sucht zum sofortigen Antritt eine erste Bevollmächtigte.

Genossinnen, die sich um diese Stellung bewerben, müssen in der Agitation und in schriftlichen Arbeiten erfahren und mindestens seit einem Jahre Mitglied des Verbandes der Hausangestellten sein. Bewerbungen sind bis zum 7. Juli dieses Jahres an den Vorstand der Ortsgruppe Hamburg, Kurze Mühren 8 I rechts einzusenden; sie müssen die Aufschrift „Bewerbung“ tragen.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Reffin (Bundes), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.